Sachverständigenrat deutscher Stiftungen
für Integration und Migration

Migration, Integration, Politik und wissenschaftliche Politikberatung in Deutschland

Symposium anlässlich des Abschieds von Prof. Dr. Klaus J. Bade als Gründungsvorsitzendem des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR)
30. August 2012 in Berlin

Eine Initiative von:
Stiftung Mercator, VolkswagenStiftung, Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius

Inhalt

Begrüßung Rüdiger Frohn 5

Grußwort Prof. Dr. Maria Böhmer 6

Grußwort Aydan Özoguz 8

Grußwort Cem Özdemir 10

Grußwort Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süssmuth 12

Panel Werkstattbericht aus dem Sachverständigenrat: Prof. Dr. Heinz Faßmann und Dr. Gunilla Fincke im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll 16

Panel Integration, Migration und strategisches Stiftungsengagement: Dr. Wilhelm Krull und Prof. Dr. Bernhard Lorentz im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll 20

Festvortrag Prof. Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer: Migration, Integration und wissenschaftliche Politikberatung 24

Festvortrag Dr. Heiner Geißler: Klaus J. Bade und die ethischen Grundlagen der Zuwanderungsdebatte 30

Rückblick Prof. Dr. Klaus J. Bade 34

Ausblick Prof. Dr. Christine Langenfeld 40

Dr. Wilhelm Kr
rof. Dr. Bernhar
orentz

Rüdiger Frohn

Staatssekretär a. D., Vorsitzender des Kuratoriums des SVR

Hochverehrte Festversammlung,
lieber Herr Professor Bade,

für die den SVR tragenden Stiftungen begrüße ich Sie alle sehr herzlich hier im Projektzentrum Berlin der Stiftung Mercator am Hackeschen Markt. Wir haben Sie eingeladen zu einem Symposium des Dankens für Klaus Bade. Wie schön, dass Sie alle gekommen sind.

Eines ist sicher: An diesem Nachmittag können wir weder das wissenschaftliche Leben noch die politische Beratungsleistung noch das Werk von Klaus Bade angemessen würdigen. Dazu wäre wohl eine mehrwöchige Sommerakademie oder eine vielbändige Festschrift erforderlich. Aber das wollte Klaus Bade nicht und das hätten wir auch nicht gekonnt. So ist dies ein Dank für die Arbeit an der Idee des Sachverständigenrats und für den Sachverständigenrat – und das ist nur ein Kapitel im Buch des wissenschaftlichen Lebens von Klaus Bade. Und, so hoffen wir im allseitigen Empfinden, nicht nur eine Fußnote. Der Dank ist dreifach:

Erstens: Es ist ein Dank für die Anregung, ein unabhängiges, wissenschaftsbasiertes Politik-Beratungsgremium für Integration und Migration in Deutschland zu schaffen. Wir, die tragenden Stiftungen, sind stolz darauf, dafür die materiellen Grundlagen gelegt zu haben. Zweitens: Wir danken für die inhaltliche Konzeption und den Einsatz von persönlicher Reputation für das Anliegen des SVR durch Klaus Bade als dem Gründungsvorsitzenden. Zugleich geht der Dank auch an alle anderen Mitglieder des Sachverständigenrats, so hat sich diese Gemeinschaft auch immer als Gemeinschaft verstanden. Drittens geht der Dank ganz persönlich an Klaus Bade für Ideen und Analysen, für die Moderation und das Zusammenführen von Meinungen im Sachverständigenrat und zugleich für die Kommunikation dieser Ergebnisse an Politik und Öffentlichkeit.

Klaus Bade hat jetzt für sich das Kapitel SVR geschlossen, um sich in der Einsamkeit und Freiheit des Wissenschaftlers und unabhängigen Politikberaters und ohne Rücksichtnahme auf Gremien weiter zu Wort zu melden. Wir sind gespannt darauf, was da noch kommt, und wünschen ihm für diese Zeit Ideen – an denen wird es nicht mangeln – und die nötige Kraft und Gesundheit, die es braucht, um in diesem Feld tätig zu sein.

Wir freuen uns und danken Professor Dr. Christine Langenfeld, dass sie den Vorsitz übernommen hat durch die einstimmige Wahl der Mitglieder des Sachverständigenrats. Wir sehen der weiteren Entwicklung des SVR mit seinen neuen und alten Mitgliedern mit Zuversicht und Spannung entgegen.

Und nun freuen wir uns mit Ihnen auf die Worte und Widerworte dieses Nachmittags und danken Ihnen, dass Sie gekommen sind.
Vielen Dank.

Prof. Dr. Maria Böhmer

Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration

Lieber Herr Bade, liebe Frau Langenfeld, sehr geehrter Herr Frohn, sehr geehrte Frau Ministerin Öney, sehr geehrte Frau Özoguz, sehr geehrter Herr Özdemir, liebe Frau Süssmuth, lieber Herr Geißler, sehr geehrte Damen und Herren!

Am 2. Dezember 2005 erschien in der Zeitung „Die Welt" ein Essay mit der Überschrift „Integration gibt es nicht im Passiv". Der Autor: Klaus J. Bade.

Lieber Herr Bade, ich war zu diesem Zeitpunkt neu im Amt der Integrationsbeauftragten. Gespannt habe ich Ihren Essay damals gelesen. Sie haben mich damit neugierig gemacht: auf Ihre Überlegungen zur Integration und auf den Menschen Klaus Bade. Aus meiner Neugierde ist ein intensiver und anregender Austausch mit Ihnen entstanden: manchmal kontrovers, manchmal konsensual, immer konstruktiv. Dafür bin ich Ihnen sehr dankbar. Und deshalb bin ich auch sehr gerne Ihrer persönlichen Einladung zu diesem Symposium gefolgt, das der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration für Sie heute ausrichtet.

Lieber Herr Bade, Sie wollen aufrütteln – als Wissenschaftler und als Politikberater. Sie formulieren zweifellos pointiert. Sie regen auf – andere und sich selbst. Und Sie regen an – zum Nachdenken. Doch nicht nur das. Sie wollen etwas bewegen!

Klaus Bade – der Wissenschaftler: Kaum ein anderer Wissenschaftler hat sich so intensiv mit den Motiven von Migration, mit den sozialen Folgen, den Veränderungen der aufnehmenden Gesellschaft und den politischen Anforderungen auseinandergesetzt. Sie haben das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien an der Universität Osnabrück gegründet. Ich habe Sie dort vor einigen Jahren besucht und viele Anregungen mitgenommen. Nicht nur als Integrationsbeauftragte, auch als Wissenschaftlerin hat mich Ihre Arbeit beeindruckt. Die Ergebnisse Ihrer Forschungstätigkeit schlagen sich in unzähligen Veröffentlichungen nieder. Zum Beispiel in der von Ihnen initiierten und mitherausgegebenen „Enzyklopädie Migration in Europa". Lieber Herr Bade, Sie haben mir die 1.156 Seiten starke Enzyklopädie mit dem Hinweis geschickt, ich hielte damit knapp drei Kilogramm Migration in den Händen. Sie sehen es mir nach, dass ich sie heute nicht mitgebracht habe! Die Enzyklopädie beleuchtet die großen europäischen Migrationsbewegungen aus historischer, aber auch aus soziologischer Perspektive.

Sie haben immer wieder deutlich gemacht: Migration, Integration und interkulturelle Begegnung ziehen sich durch die gesamte europäische Kulturgeschichte. Migration und Integration sind eine europäische, ja eine globale Herausforderung über Zeiten und Räume hinweg.

Klaus Bade – der Politikberater: Sie wollen Ihre Erkenntnisse nicht nur mitteilen. Sie wollen sich in gesellschaftspolitische Belange einmischen. Sie möchten verändern, Anstöße geben, Brücken zwischen Wissenschaft und Praxis schlagen. Das treibt Sie an. Das hat Sie zu einem wichtigen Berater der Politik in Deutschland gemacht. Mit den Worten Dante Alighieris: „Der eine wartet, dass die Zeit sich wandelt, der andere packt sie kräftig an und handelt." Sie sind ein echter Dante-Typ 2! Denn Sie packen an und handeln – und das mit großer Leidenschaft.

Einer Ihrer meistzitierten Sätze lautet: „Das habe ich schon in den 80er Jahren gesagt." Man spürt förmlich Ihre Ungeduld! Sie liegen richtig, wenn Sie sagen: „Bei uns kommt alles 25 Jahre zu spät." Sie haben schon früh nachhaltige Konzepte für Integration eingefordert, als Politik und Gesellschaft noch im integrationspolitischen Dämmerschlaf lagen oder unfruchtbare Debatten über die Frage führten, ob Deutschland ein Einwanderungsland sei. Und was haben Sie gemacht? Aufgegeben? Nein, Sie haben weiter argumentiert und gestritten. Von Ihnen stammt die anschauliche Beobachtung: „Früher haben wir gesagt: Herr Minister, ich habe einen Rat für Sie." Die Antwort lautete: „Und ich habe ein Regal, da können Sie Ihren Rat ablegen." Das hat sich geändert! Denn Sie lassen nicht locker! Ihr Rat ist heute mehr denn je gefragt. Das zeigt sich auch an der Vielzahl der Gremien, in denen Sie mitwirken. Und noch wichtiger: Die Politik hat viele Ihrer Anregungen aufgegriffen.

Erst kürzlich sagten Sie in einem Interview, die Integrationspolitik sei in den vergangenen zehn Jahren weiter vorangekommen als in den vier Jahrzehnten zuvor. Sie

haben Recht! Denn wir haben in der Integrationspolitik umgesteuert. Davon zeugen das Zuwanderungsgesetz, die Integrationsgipfel von Bundeskanzlerin Angela Merkel und die Deutsche Islamkonferenz. Davon zeugen der Nationale Integrationsplan und der Nationale Aktionsplan Integration, die ich vorgelegt habe. Ich selbst habe Sie gebeten, an den inzwischen fünf Integrationsgipfeln im Bundeskanzleramt teilzunehmen. Sie waren damit eng eingebunden in die Ausarbeitung des Nationalen Integrationsplans und des Nationalen Aktionsplans Integration. Sie waren erneut ein wertvoller Ratgeber, als ich 2011 den Beirat für Integration einberufen habe. Wir haben lange gemeinsam überlegt, wie solch ein Beirat konzipiert werden könnte und welche Aufgaben er übernehmen sollte.

Das Umsteuern zeigt Wirkung: Es gibt einen Paradigmenwechsel: weg vom Diktum „Deutschland ist kein Einwanderungsland", hin zum Bekenntnis „Deutschland ist Integrationsland" bis zur klaren Botschaft „Deutschland braucht qualifizierte Zuwanderung". Dafür steht das neue Gesetz zur Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen. Jetzt schaffen wir die Rahmenbedingungen für eine echte Willkommenskultur.

Heute können wir endlich dazu übergehen, von der rein nachholenden zur vorbereitenden Integration zu kommen. Genau das war die Botschaft Ihres Essays vom Dezember 2005. Vorbereitende Integration – das sind beispielsweise Sprachkurse im Herkunftsland oder Vorab-Information über die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Das heißt für uns: weg vom Reparaturbetrieb, hin zur Zukunftswerkstatt Integration!

Lieber Herr Bade, Ihre beratende Rolle konnte auch deshalb diese Wirkung entfalten, weil Sie sich in einem großen Netzwerk bewegen. Dazu gehören die für Integration maßgeblichen Stiftungen. Die Stiftungen haben eine Schrittmacherfunktion – sie erkunden und erproben. Sie leisten eine wichtige Pionierarbeit im Bereich der Integration. Sie sind es, die mit gezielten Programmen und Projekten Zuwanderer fördern, Netzwerke stärken und Vorbilder in den Blick rücken. Zukunftsweisend war die Gründung des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration im Jahr 2008. Die Stiftung Mercator und die VolkswagenStiftung haben gemeinsam mit sechs weiteren Stiftungen einen Kreis von Wissenschaftlern berufen. Sie haben damit eine Plattform für Dialog, wissenschaftliche Begleitung und Politikberatung geschaffen.

Lieber Herr Bade, kein Zweifel: Als Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats haben Sie dessen Arbeit maßgeblich geprägt. Gemeinsam mit allen Beteiligten haben Sie den Sachverständigenrat als wahren Thinktank etabliert. Ich schätze die Arbeit des Sachverständigenrats außerordentlich. Mein ausdrücklicher Dank gilt den Stiftungen für die Einrichtung und allen, die im Sachverständigenrat mitwirken. Zum 1. Juli 2012 hat Professor Christine Langenfeld den Vorsitz übernommen. Liebe Frau Langenfeld, ich bin mir sicher, dass Sie die Arbeit des Sachverständigenrats hervorragend weiterführen werden, und freue mich auf unsere Zusammenarbeit.

Lieber Herr Bade, der Abschied heute ist nur ein partieller. Sie gehen als Vorsitzender des Sachverständigenrats, und ich danke Ihnen für alles, was Sie aufgebaut und erstritten haben. Ich möchte auf Sie als Ratgeber nicht verzichten. Ich freue mich auf unser weiteres gemeinsames Wirken in meinem Integrationsbeirat. Denn es gilt, gerade für die Integration, was Ingeborg Bachmann einmal gesagt hat:

„Es gibt keinen Punkt, an dem wir stehen bleiben können und sagen: Jetzt haben wir's."

Alles Gute und herzlichen Dank!

Aydan Özoguz

MdB, stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter, lieber Professor Bade,

ganz herzlichen Dank, Frau Staatsministerin, wir beschreiben eindeutig die gleiche Person, wenn auch einige Bewertungen etwas anders ausfallen. „Vater" oder „Urgestein" der Migrationsgeschichte Deutschlands, „Volksaufklärer", „Migrationspapst", „Grenzgänger" – dies ist nur eine kleine Auswahl der anerkennenden Bezeichnungen, die Ihnen, Professor Bade, in den letzten Jahren mit gutem Grund zuteil wurden.

Mit Ihnen, lieber Klaus Bade, hat sich ein Wissenschaftler um den großen Bereich der Migrationsforschung verdient gemacht, der uns z. B. mit seiner Enzyklopädie „Migration in Europa", mit zahlreichen Studien und nicht zuletzt mit seiner gut vernehmbaren Stimme – in den letzten Jahren aus dem Sachverständigenrat Deutscher Stiftungen für Integration und Migration heraus – stets viel Faktenwissen geliefert hat. Mit Ihren Ergebnissen hätten gesellschaftliche Akteure, Medien und auch Politikerinnen und Politiker jederzeit eine sachlich fundierte und wo nötig lösungsorientierte Debatte führen können.

Ich wähle hier bewusst den Konjunktiv, denn auch das dürfte Klaus Bades Werk jahrzehntelang und auch im Sachverständigenrat, dessen Existenz ihm zu verdanken ist, geprägt haben: Irgendwie und trotz all der Arbeit, die er dafür geleistet hat, klappt das mit der sachlichen und von Kenntnis geprägten Debatte nicht so ganz in unserem Land. Als Klaus Bade in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts aus dem Bundestag vernehmen durfte, dass nun auch dort wahrgenommen wurde, dass Deutschland ein Einwanderungsland sei, musste er schon wieder flugs korrigieren und sagen – ich sage es einmal mit meinen Worten –: „Liebe Leute, schön, dass ihr es verstanden habt, aber eigentlich sind wir das schon gar nicht mehr."

Als ich selbst Ende der 1980er Jahre als Erste in meinem Freundeskreis an der Uni Hamburg darüber nachdachte, ob ich mich einbürgern lassen solle, und von mehreren Seiten hörte, dass das ja wohl eigentlich von niemandem in Deutschland wirklich gewollt wäre, gab es eben doch die eine oder andere Stimme, die Mut machte, z. B. einen gewissen Klaus Bade, der sagte – und jetzt sage ich es mit Ihren Worten –:„Ausländerpolitik ist das falsche Instrument gegenüber Ausländern, die nicht nur seit langem in der Bundesrepublik arbeiten und leben, sondern auch deutsche Staatsbürger werden wollen (...). Das gilt im Kontext der früheren Gastarbeiterbevölkerung besonders für die hier geborenen oder doch aufgewachsenen Bindestrich-Deutschen der zweiten oder schon dritten Generation."

Und Sie waren – wie sollte es anders sein – auch damals schon viel weiter, indem Sie noch hinzufügten: „Hier geht es um drastische Erleichterungen der Einbürgerung, auch um den Preis der doppelten Staatsangehörigkeit."

Fast zur gleichen Zeit, 1990, haben Sie noch etwas beschrieben, mit dessen Wahrnehmung sich viele in unserem Land auch heute noch immer schwertun: Denn fremd kann man auch als Deutscher in diesem Land sein. Auch wenn man keine Probleme mit der Staatsangehörigkeit hat, kann es, wie Sie sagen, „... umso gravierendere soziale und mentale Anpassungsprobleme geben, die es für einheimische Ausländer so nicht oder doch nicht mehr gibt".

Dirk Halm hat anlässlich Ihrer Ehrung durch die Türkische Gemeinde nicht nur darauf hingewiesen, dass Ihnen das Kunststück geglückt ist, „wissenschaftliche Exzellenz und öffentliche Wirksamkeit zu vereinigen", sondern auch, dass Sie, wie Sie selbst einmal sagten, gelegentlich „mit der flachen Hand in die Suppe gehauen" haben, um zum Beispiel auf die Abwanderung qualifizierter Menschen aus Deutschland aufmerksam zu machen. Auch dieser Hinweis – bedeutend für die zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft – kam von Ihnen nicht erst heute, wo das Problem zumindest manchen bewusst ist.

Vor einigen Jahren haben wir Sie für einen Vortrag ins Netzwerk türkeistämmiger Mandatsträger eingeladen. Wir empfanden es als riesiges Glück, dass Sie uns überhaupt zusagten. Aber wie schön war es – wie mir viele im Nachhinein berichteten –, Sie dann auch zu hören und mit Ihnen zu diskutieren. Für Menschen, die vieles von dem, über das Sie forschen, manchmal seit ihrer Geburt in Deutschland erleben, war es etwas Besonderes, teilweise Erleichterndes und, wie damals auch zu spüren war,

streckenweise Erheiterndes, die sich auch immer mal widersprechenden Aussagen einiger Politiker auszuwerten. Aber das Schönste war, dass Sie dann bei uns blieben und den Abend mit uns verbrachten, an dessen Abschluss mir alle übereinstimmend sagten: Der ist einer von uns!

Lieber Klaus Bade, Sie werden von mir heute keine Worte über Ausscheiden oder Abschied hören, denn mir ist es nicht so furchtbar wichtig, von welcher Stelle aus Sie gerade agieren. Und dass Sie das nicht tun, ist ohnehin nicht vorstellbar. Wichtig ist, dass Sie uns weiterhin, bitte auch lautstark wie gewohnt, begleiten, damit Gesellschaft und Politik nicht länger als unbedingt notwendig brauchen, um für unser Land wichtige Weichenstellungen gerade auch im Bereich der Zuwanderungs- und Gesellschaftspolitik vorzunehmen.

Dem Sachverständigenrat, dessen Kuratorium ich als Vertreterin der Körber-Stiftung angehören durfte, wünsche ich, dass diese wichtige Arbeit weiter fortgeführt wird. Ich bin gespannt auf Ihre – wie ich hoffe – intensive Politikbegleitung, die Klaus Bade mit und durch diesen Sachverständigenrat ins Leben gerufen hat.

Cem Özdemir

Bundesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen

Lieber Herr Professor Bade,
sehr geehrte Damen und Herren,

ich fühle mich geehrt, im „Politbüro der deutschen Migrationspolitik" zu Ihnen sprechen zu dürfen, bei der Verabschiedung des „Generalsekretärs" dieses Politbüros dabei zu sein, hier beim Sachverständigenrat – dem „Kontrollorgan der politischen Korrektheit in Sachen Integration".

Bei diesen Formulierungen darf man schon einmal zusammenzucken. Es handelt sich um Zitate einer allseits bekannten Islamkritikerin und promovierten Soziologin, Necla Kelek. Sie richten sich an Klaus Bade. Als Politikerin und Politiker ist man es gewohnt, dass die eine oder andere bösartige Mail im Postfach landet, da muss man durch. Aber dass man als Wissenschaftler derart attackiert wird, ist ungewöhnlich. Lieber Herr Bade, ich weiß, dass Sie das eigentlich gar nicht nötig haben, aber ich will es ins Positive wenden: Es ist heutzutage offenbar so, dass man durch scharfe Kritik von Frau Kelek geadelt wird.

Dabei haben Sie, lieber Herr Bade, schon genug damit zu tun, uns Politikerinnen und Politikern die Leviten zu lesen. Vor genau zehn Jahren sagten Sie: „Es ist geradezu absurd, wie ahnungslos Politiker mit einer gesellschaftspolitisch so brisanten Frage wie der Einwanderung umgehen." Seither ist zwar einiges passiert, auch Positives, es fällt mir dennoch schwer, Ihnen zu widersprechen – und das sicher nicht nur aus Höflichkeit. Ihre Geduld mit uns kann ich mir eigentlich nur so erklären, dass Sie als Historiker quasi von Berufs wegen in längeren Zeiträumen denken. So manch anderer hätte sich wohl in den Elfenbeinturm zurückgezogen oder gleich das Fach gewechselt. Dafür sind Sie aber mit zu großer Leidenschaft Wissenschaftler, Wissenschaftsmanager, Publizist und kritischer Politikberater.

Nun weiß ich, dass Wissenschaftler sich untereinander auch etwas neidisch beäugen, wenn der eine oder die andere den Elfenbeinturm verlässt und sich in die Öffentlichkeit begibt. Es mag auch so manche geben, die das gerne täten, aber nicht können. Sie, Herr Bade, haben hier eine Gabe, die natürlich sehr hilfreich ist: Formulierungskunst, ob mündlich oder schriftlich.

Als Rot-Grün die Einwanderungspolitik umkrempelte und dies auf Widerstand der Konservativen stieß, sagte Klaus Bade unnachahmlich: „Kanzler Schröder ging durch ein Pulvermagazin und zündete sich eine Havanna an. Und dann kamen die Druckwellen."

Ich kann mich an ein gemeinsames Radiointerview erinnern, das ein Journalist mit uns führte. Damals war ich noch um einiges jünger. Natürlich wollte ich dem Wissenschaftler und Experten Klaus Bade an klugen Äußerungen in nichts nachstehen und mindestens die gleiche Redezeit wie er beanspruchen. Aber im Laufe des Gesprächs habe ich immer weniger gesagt und immer aufmerksamer zugehört. Schließlich habe ich angefangen, eifrig mitzuschreiben. Das fiel im Übrigen gar nicht schwer, da er druckreif formulierte. Was Sie sagten, war nicht weniger wichtig: weil Sie mit Ihren Positionierungen, die bei Ihnen als politischem Publizisten ja nicht ausbleiben können, für mich immer ein liberaler Kopf gewesen sind – im guten Sinne des Wortes, das muss man heutzutage dazusagen. Und kein Ideologe bei einem Thema, das leider so sehr zu Ideologie, Unsachlichkeit und dem Ausblenden von Fakten verleitet.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Klaus Bade hat auch der Linken im Land die Leviten gelesen! Er hat immer wieder erklärt, dass Einwanderungspolitik nicht den Fehler begehen darf, Identitätsprobleme auszublenden. Er hat es kritisiert, wenn manche es sich zu einfach machten und einen Thilo Sarrazin bloß als Rassisten bezeichneten, ohne sich wirklich mit seinen Thesen auseinanderzusetzen. Er hat die Selbstblockade der Linken in der Leitkulturdebatte kritisiert, da sie es teilweise nicht verstanden hat, Begriffe wie Patriotismus und Identität selbst zu besetzen und zu definieren. Klaus Bade hat recht, wenn er erklärt: „Eine Einwanderungsgesellschaft, die sich scheut, eine Werte- und Identitätsdebatte zu führen, kriegt auf Dauer ein Problem."

Viel ist die Rede von der Notwendigkeit einer Willkommenskultur. Klaus Bade hat auch hier beharrlich auf einen wichtigen Punkt hingewiesen, der auch mir sehr wichtig ist. Willkommenskultur muss erst einmal in unseren staatlichen und öffentlichen Institutionen realisiert werden: in der öffentlichen Verwaltung, im Ausländeramt, in der Schule, im Krankenhaus und an vielen anderen Stätten. Deshalb zielt Integration nicht nur auf das In-

dividuum, sondern auch auf die öffentlichen Institutionen und öffentlichen Orte, die unser Gemeinwesen prägen. An den Orten, wo Einwanderinnen und Einwanderer oder ihre Nachkommen im Alltag mit dem Staat konfrontiert werden, der ja auch ihr Staat sein oder werden soll.

Lieber Herr Professor Bade, hier und heute geht es um Ihren Abschied als Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats. Ich bin aber sicher, dass Sie zu Hause am Schreibtisch schon am nächsten Buch arbeiten. Ich freue mich auf Ihre Wortmeldungen, wünsche Ihnen alles Gute und alles Gute auch Ihrer Nachfolgerin Professor Dr. Christine Langenfeld.

Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süssmuth

Bundestagspräsidentin a. D.

Verehrte Anwesende, verehrte Vorrednerinnen und Vorredner, sehr geehrte Ministerinnen und Abgeordnete, sehr geehrte Frau Langenfeld, lieber Klaus Bade,

ich wäre nicht gekommen, wenn es heute meine Aufgabe hätte sein sollen, einen Abschiedsgruß zu sprechen.

Du gibst ein Amt ab, aber Du machst weiter, Du bist stark auch als „Einzelkämpfer", wie Dich Heribert Prantl gestern in der Süddeutschen Zeitung genannt hat. Und Du weißt auch um die große Bade-Gefolgschaft, die vor allem seit den frühen 1990er Jahren entstanden ist. Ein von Regierungs- und Parteipolitik unabhängiger Sachverständigenrat, das war Deine Idee und Dein langjähriger Wunsch. Er hat sich erfüllt. Der Zusammenschluss von acht Stiftungen hat es ermöglicht.

Alle diese Stiftungen waren, mit unterschiedlichem Gewicht, schon vorher im Bereich Integration engagiert, einige waren unter den Stiftungen Pioniere auf diesem Gebiet wie insbesondere die Körber-Stiftung und die Freudenberg Stiftung.

Nachdem der „Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat)" der rot-grünen Bundesregierung, den ich zusammen mit Klaus Bade leitete, Ende 2004 aufgelöst worden war, fehlte im politischen und öffentlichen Diskurs ein unabhängiges, wissenschaftliches Expertengremium.

Vor diesem Hintergrund hast Du ein Gremium aus der Bürgergesellschaft angeregt, das Politik öffentlich adressieren sollte, ohne von ihr abhängig zu sein.

Der neu geschaffene Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) folgt angelsächsischen Beispielen der unabhängigen Politikberatung. Er ist ein zivilgesellschaftlicher Gegenentwurf zu einer Tradition, in der sich Politik teilweise selbst evaluiert, die Bewertung der eigenen Leistungen an amtsinterne oder halbamtliche Kommissionen vergibt oder sie an freie Träger auslagert. Entscheidend für den SVR sind politische Unabhängigkeit, wissenschaftliche Kompetenz und eine ganzheitliche Perspektive. Er versteht Integration, um ein Wort von Klaus Bade aufzunehmen, als „Kultur- und Sozialprozess, der beide Seiten der Einwanderungsgesellschaft verändert".

Dein Aufruf im „Manifest der Sechzig: Deutschland und die Einwanderung" im Jahre 1994 wurde im Kreis der Engagierten zwar ein ermutigendes Kultbuch, das ich auch in der ersten Sitzung der „Unabhängigen Kommission Zuwanderung" als Denkanstoß auf die Tische habe legen lassen. Es wurde auf Deine Bitte hin vom Verlag auch breit verteilt und z. B. allen Bundestagsabgeordneten übersandt. Aber das entscheidende politische Echo blieb zunächst dennoch aus. Die Reaktion bekräftigte sogar die Meinung der Mehrheit in weiten Kreisen der politischen Öffentlichkeit: Wir sind kein Einwanderungsland.

Du warst „Urgestein der deutschen Migrationsforschung" seit den 1970er Jahren, „Rufer in der Wüste" und „Prophet im eigenen Einwanderungsland" seit den frühen 1980er Jahren und hast aus meiner Sicht mit dem Sachverständigenrat den Höhepunkt Deiner Arbeit als gesellschaftspolitisch engagierter Wissenschaftler erreicht. Den Erfolg dieser wesentlich von Dir angeschobenen Institution belegt nicht nur ihre öffentliche Geltung, sondern auch die Evaluation des Sachverständigenrats. Abgesehen von nur marginalen kritischen Anregungen dominierte höchste Anerkennung für die unter Deiner Leitung als Gründungsvorsitzendem geleistete Arbeit.

Was ist mir wichtig? Klaus Bade ist ein Unikat. Auch wenn wir heute viele Engagierte in der Integrations- und Migrationspolitik haben, kann man ihn nicht nachahmen. Man kann jedoch durch ihn angestiftet werden, wie dies auch Frau Staatsministerin Maria Böhmer in ihrem Grußwort gesagt hat. Insofern sind alle unsere Abschiedsworte Aufrufe und Zwischenrufe.

Was meine ich, wenn ich sage, er ist ein Unikat? Er vergisst nicht, was er vor 20 oder 30 Jahren zum Thema „konzeptorientierte Einwanderungspolitik im aufgeklärten Eigeninteresse" und zum Thema „Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik" gesagt und gefordert hat. Er kann auch immer wieder daran erinnern, was andere damals dagegen gesagt und bis heute noch nicht begriffen haben.

Dies haben wir auch bei den diversen Zuwanderungskommissionen erlebt. Man glaubte, eine zugkräftige Truppe in der Politik hinter sich zu haben. Und plötzlich waren sie oftmals verschwunden. Trotzdem galt es weiterzumachen.

Dass der Lohn für jahrzehntelanges mutiges und kritisches Engagement öffentliche Verleumdung sein konnte,

wie durch Necla Kelek im Feuilleton der FAZ, das hat Klaus Bade auch persönlich gekränkt. Und, das hat Cem Özdemir eben schon richtig zum Ausdruck gebracht, das ist etwas, was uns Politiker und Politikerinnen genauso kränkt. Wir haben immer noch nicht gelernt, uns so auseinanderzusetzen, so miteinander zu streiten, dass wir uns nicht in einer Weise persönlich verletzen, die tief ins Mark geht. Und das müssen wir lernen, ob im Parlament oder in der Öffentlichkeit, denn diese Häme nützt niemanden.

Klaus J. Bade ist kein Historiker im klassischen Sinne, der nur nach hinten schaut. Und ich finde es gut, wenn Historikerinnen und Historiker auch vorausdenken.

Wir stehen mitten in einem Lernprozess, in dem wir noch viel zu lernen und umzulernen haben. Die Evaluationskommission hat angeregt, über die Begriffe Migration und Integration nachzudenken oder den Begriff Migrationshintergrund zu definieren. Und es gibt noch viele andere ungeklärte Fragen: Wie lange ist man eigentlich Migrant? Wann ist man zugehörig? Über wie viele Generationen wollen wir das verfolgen?

Manfred Schmidt, der neue Präsident des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), sagte vor Kurzem, dass wir in der Frage der Integration vor neuen Aufgaben stehen, und Klaus Bade hat schon vor langer Zeit den Begriff „nachholende Integrationspolitik" in die Debatte geworfen – den hat die Politik sofort aufgenommen, dann aber in „nachholende Integration" verkürzt, was signalisiert, dass angeblich nur die anderen, die Einwanderer, etwas nachzuholen hätten, nicht aber die Politik selber. Die Integrationsmaßnahmen waren geplant für alle Neuzuwanderer, der Hauptteil entfiel jedoch, „nachholend", auf die seit Langem hier anwesenden, in Deutschland lebenden Einwanderer.

Migration ist schon lange kein Nischenthema mehr, weder in der Politik noch in den Medien. Und die Wissenschaft forscht seit vielen Jahren darüber. Studien werden über das Leben der Zuwanderer erstellt, Bücher über Integration geschrieben, die Einwanderungsgeschichte der ersten ‚Gastarbeiter' wird erforscht, Fluchtursachen und Flüchtlingsaufnahme zum Thema gemacht. In all diesen Gebieten forscht, publiziert und berät Klaus Bade seit Jahrzehnten.

Was ist weiterhin Unikat an Klaus Bade? Er ist ein Perfektionist, nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Politikberater.

Im Sinne des von Klaus Bade entwickelten Konzepts der „kritischen Politikbegleitung" begleitet der Sachverständigenrat die Politik auf Bundes-, Länder- und kommunaler Ebene kritisch mit wissenschaftlich fundierten und handlungsorientierten Empfehlungen.

Ich möchte den Sachverständigenrat ermuntern, im

Sinne von Vita activa und Vita contemplativa seine Handlungsempfehlungen auch weiterhin schon im Zuge der Analyse mit der Orientierung auf Handeln zu verbinden.

Die Vernetzung in der Forschungslandschaft der Bundesrepublik wie auch die Verbindung von Theorie und Praxis halte ich für sehr wichtig. Wir haben noch nicht bewiesen, dass wir mit verschiedenen Kulturen, insbesondere wenn es die Fundamente betrifft, in Frieden leben können. Hier haben wir noch eine harte Auseinandersetzung zu führen. Dabei wünsche ich mir, dass diese Frage auch vom Sachverständigenrat, in alter und neuer Zusammensetzung, weitergeführt wird.

Sobald der Begriff „Multikulturell" und die Frage, was die Muslime mit Europa zu tun haben, auftauchen, erlebe ich immer wieder, dass wir in den alten ideologischen Streit verfallen. In diesem Zusammenhang wird schnell über „Multikulti" gesprochen, ohne dass man weiß, was damit gemeint ist. Es geht leider zu häufig darum, bestimmte Gruppen politisch zu befriedigen. Das kann und darf nicht der Auftrag sein.

Der Sachverständigenrat informiert die Öffentlichkeit sachlich und politisch unabhängig über gesellschaftliche und politische Entwicklungen in den Bereichen Integration und Migration und gibt so der integrations- und migrationspolitischen Debatte neue Impulse.

Ich danke allen, die sich in den letzten Jahren sehr darum bemüht haben, diese Diskussion voranzutreiben. Ich möchte Sie auch dazu ermuntern, so wie es die Evaluationskommission schon getan hat, die Zivilgesellschaft noch stärker zu beteiligen, sei es in Ihren themenbezogenen Interventionen oder im Jahresgutachten. Wir müssen zeigen, dass die Zivilgesellschaft kontinuierlich Einfluss auf das nimmt, was wir denken und was wir in Erfahrung bringen wollen. Ich wünsche mir, dass unsere Gesellschaft weiter lernt und nicht zurückfällt.

Dir, lieber Klaus Bade, danke ich ganz herzlich für die Jahre, die wir zusammen gearbeitet haben. Für Deine Engagements nach den Jahren beim Sachverständigenrat wünsche ich Dir viel Kraft und weiterhin viel Erfolg bei allem, was Du Dir für die Zukunft vorgenommen hast.

Und ich danke Dir für das, was Du für uns alle auf den Weg gebracht hast.

Werkstattbericht aus dem Sachverständigenrat

Prof. Dr. Heinz Faßmann, Mitglied des Sachverständigenrats, und Dr. Gunilla Fincke, Geschäftsführerin der SVR GmbH, im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dr. Heike Schmoll: Frau Dr. Fincke als Geschäftsführerin der SVR GmbH und Herr Professor Faßmann als Mitglied des Sachverständigenrats geben Ihnen nun in einem Werkstattbericht Einblick in die praktische Arbeit des Sachverständigenrats. Herr Professor Faßmann, Sie sind auch Vorsitzender des österreichischen Expertenrats für Integration und Mitglied in vielen anderen europäischen Gremien, die sich mit Migration und Integration befassen. Was ist das Besondere dieses Sachverständigenrats?

Prof. Heinz Faßmann: Das Besondere war Klaus Bade. Er war der unermüdliche Motor des Sachverständigenrats, er hat für klare inhaltliche Positionierungen gekämpft, er hat Öffentlichkeit erzeugt und auch dafür gesorgt, dass der SVR zu einer ersten Adresse der deutschen Migrations- und Integrationsforschung wurde. Das Integrationsbarometer wurde von ihm initiiert und die Jahresgutachten maßgeblich von ihm gestaltet. Dabei hat er sich nicht auf das Delegieren von Aufträgen zurückgezogen, sondern die Jahresgutachten vom Anfang bis zum Ende begleitet und sich auch in jedes Detail eingemischt. Formulierungen wurden von ihm immer wieder modifiziert, damit am Ende des Weges griffige Botschaften übrig blieben, die sich im Kopf festsetzen und ein umfangreiches Jahresgutachten auf einige kurze Sätze kondensieren. Die auf den einfachen Nenner gebrachte Formel „Integration ist besser als ihr Ruf im Land" mag ein Beispiel dafür sein. Es ist die Kraft des öffentlichen Votums, die die Stärke des SVR ausmacht, und Klaus Bade hat für diese Kraft gesorgt.

Darüber hinaus sehe ich auch strukturelle Vorteile des SVR. Seine Unabhängigkeit ist ein hohes und wichtiges Gut, weil seine Handlungsempfehlungen dadurch ein ganz anderes Gewicht haben. Andere Beratergremien sind oft sehr politiknah, nur wenige sind wirklich unabhängig. Im österreichischen Expertenrat für Integration müssen wir uns sehr viel stärker mit den konkreten Fragen einer politischen Gestaltung von Migrations- und Integrationspolitik auseinandersetzen und der Politik direkt berichten. Eine weitere Stärke des Sachverständigenrats ist seine interdisziplinäre Besetzung, die von Jura über Soziologie bis zu Wirtschafts- und Erziehungswissenschaft reicht und durch Klaus Bade auch die Historische Migrationsforschung inkludierte. Trotz dieser unterschiedlichen akademischen Herkünfte ist es uns gelungen, ein gemeinsames Verständnis von Integration zu entwickeln, so dass wir politische Maßnahmen an diesem Verständnis messen und bewerten konnten.

Dr. Heike Schmoll: Frau Dr. Fincke, Sie steuern als Geschäftsführerin die Zusammenarbeit zwischen dem Sachverständigenrat und der Geschäftsstelle. Wie muss man sich diese Zusammenarbeit vorstellen? Wie finden Sie Themen?

Dr. Gunilla Fincke: Das ist ein interessanter Prozess, zumal wir jedes Jahr ein Gutachten herausgeben. Das bedeutet, noch bevor das aktuelle Jahresgutachten erscheint, erarbeiten wir bereits das Thema des nächsten Gutachtens. Das ist ambitioniert. Vergleichbare Sachverständigenräte haben meist einen zweijährigen Rhythmus. Die Zusammenarbeit gestaltet sich so, dass die Sachverständigen in der ersten Sitzung im neuen Jahr – auf der Basis von durch Vorsitz und Geschäftsstelle erstellten Vorschlägen – das Thema bestimmen und die Richtung für die einzelnen Kapitel des Jahresgutachtens vorgeben. Die Mitarbeiter der Geschäftsstelle fertigen dann Entwürfe an, werten Daten aus und steuern die Erhebungen des Integrations- und Migrationsbarometers, Letzteres unter fortlaufender Beratung durch ein Mitglied des Sachverständigenrats, zuletzt Professor Faßmann. Das Ganze stemmen wir mit einem kleinen Team von wissenschaftlichen Mitarbeitern unter der Leitung von Dr. Holger Kolb. Dann beginnt der Abstimmungsprozess mit den Sachverständigen, die jeweils für einzelne Kapitel des Jahresgutachtens die Verantwortung übernehmen. Die von den verantwortlichen Ratsmitgliedern durchgesehenen und kommentierten Entwürfe werden umverteilt und in sechs bis acht Sitzungen des Sachverständigenrats in der Geschäftsstelle beraten. Zwischen den Sitzungen findet ein reger Austausch per E-Mail statt. Man fragt sich manchmal, wie man das früher ohne diese Möglichkeit gemacht hat! Nach der

Dr. h. c. Heike Schmoll, Dr. Gunilla Fincke, Prof. Dr. Heinz Faßmann (v. l.)

zweiten und dritten Lesung werden die einzelnen Kapitel in vorläufigen Endfassungen angenommen. Abschließend findet eine umfangreiche Schlussbearbeitung durch den Vorsitz und einen federführenden Sachverständigen statt.

Die Arbeit des Sachverständigenrats wäre ohne das erhebliche Engagement seiner Mitglieder nicht möglich: Alle Sachverständigen arbeiten als Professoren an Universitäten und werden für ihre Tätigkeit im Sachverständigenrat nicht freigestellt! Der Einzige, der kein Ordinarius mehr und schon Emeritus war, war der Gründungsvorsitzende Klaus Bade, der im Kreise der Sachverständigen die ganze Aufbauarbeit geschultert und die strukturgebenden Ideen eingebracht hat, die die Arbeit des Sachverständigenrats bis heute prägen. Das war für ihn oft ein Fulltime-Job, in den Wochen der Schlussphase des ersten Jahresgutachtens, als sich die Strukturen und Kooperationsformen noch nicht zureichend eingeschliffen hatten, sogar mehr als das. Für ein anderes Mitglied des Sachverständigenrats wäre diese immens zeitaufwendige konzeptionelle Aufbauarbeit im ersten Jahr allein aufgrund der anderweitigen dienstlichen Belastungen nicht möglich gewesen. Insbesondere in den Wochen der Endbearbeitung gingen die E-Mails mit Herrn Professor Bade in rasantem Tempo hin und her. Wenn ich ihm nach Mitternacht schrieb, hatte ich morgens ums sechs schon die Antwort und viele neue Anregungen. Er ist ein Überzeugungstäter im besten Sinne des Wortes. Dabei verfügt er über ein Sprachgefühl und eine Wortgewalt, wie es sie kaum mehr gibt. Man spürt seine frühen Prägungen im PR-Journalismus. Durch seine umfangreichen Erfahrungen in der politikbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit ist ihm eine „menschenfreundliche Prosa", wie er es selbst nennt, besonders wichtig. Für mich war es eine außergewöhnliche Freude, mit ihm zusammenzuarbeiten, und ich habe sehr viel von ihm gelernt.

Dr. Heike Schmoll: Herr Professor Faßmann, wie bewältigt man diese Anforderungen? Sie sind auch noch Vizepräsident der Universität.

Prof. Heinz Faßmann: Das schafft man nur, indem man einen Teil seiner persönlich verfügbaren Arbeitszeit ganz explizit dem Sachverständigenrat widmet. Ich habe das sehr gerne gemacht, weil die Zusammenarbeit mit Klaus Bade ein Erlebnis war. Wir haben insbesondere in den heißen Phasen der Schlussbearbeitung der Jahresgutachten gemeinsam intensiv an den Texten gearbeitet, vornehmlich an Sonn- und Feiertagen, oft bis tief in die Nacht in hoher Frequenz über Mails unsere Meinungen ausgetauscht und mit starkem Arbeitseinsatz Kapitel für Kapitel finalisiert. Ich habe dabei sein Wissen, seine Formulierungskraft, aber auch seine Ironie immer sehr geschätzt.

Der SVR ist phasenweise keine Nebenbeschäftigung, um auf die Frage zurückzukommen, man muss einiges an

Dr. h. c. Heike Schmoll, Dr. Gunilla Fincke, Prof. Dr. Heinz Faßmann (v. l.)

Zeit investieren. Ich kann mich erinnern, als mich Bernhard Lorentz vor vier Jahren anrief und fragte: „Wollen Sie nicht Mitglied werden?" Ich habe ihn gefragt: „Ist das denn viel Arbeit?" „Nein, Sie treffen sich ein paar Mal und das ist es dann." [Publikum lacht] Ich kann nur sagen: Es ist ganz anders gekommen als erwartet, aber ich bereue es nicht, ja gesagt zu haben!

Dr. Heike Schmoll: Wie gelingt es, zu bestimmten Themen eine gemeinsame Sprache zu finden, ohne damit eine politische Richtung einzuschlagen? Ich erinnere mich an das Bildungskapitel des ersten Jahresgutachtens, wo es um politisch sehr strittige Fragen ging.

Prof. Heinz Faßmann: Wenn man sich mit Fragen von Migration und Integration befasst, bewegt man sich unzweifelhaft sofort in einem politischen Feld. Es gibt Disziplinen und Forschungsfragen, die a priori politisch sind. Wer sich damit befasst, der kann eine politische, ideologische Begegnung nicht vermeiden. Man denke nur, um ein anderes Beispiel zu geben, an alle umweltbezogenen Forschungsfragen, insbesondere an die Analysen zum Klimawandel, bei denen man ebenfalls dem Politischen nicht entkommt.

Dass wir uns trotz des politischen Themas nicht im Politischen verloren haben, hängt mit den gemeinsam entwickelten und getragenen Zielvorstellungen zusammen. Wir haben eingehend diskutiert: Was ist unser Integrationsbegriff? Wozu dient Migrationspolitik? Darüber haben wir gerungen und ein gemeinsames Verständnis erarbeitet. Dieses gemeinsame Verständnis stellte gleichsam eine Richtschnur dar, um vorgeschlagene Maßnahmen abzuwägen: Dienen sie dem gemeinsam definierten Ziel oder sind sie eher kontraproduktiv? Dieser Prozess der Entwicklung gemeinsamer Zielvorstellungen war wichtig und stellt das Fundament der gemeinsamen Zusammenarbeit dar. Sie wird durch eine große Offenheit gegenüber den Positionen anderer bereichert und es ist häufig vorgekommen, dass Sachverständige Argumente so überzeugend fanden, dass sie ihre anfängliche Position verändert haben.

Was mir im Zusammenhang mit der Charakterisierung unserer Arbeit noch wichtig ist zu betonen, ist der gemeinsame, von Klaus Bade immer wieder angestoßene Reflexionsprozess. Kann man das wirklich so sagen? Nützt das etwas? Ist das eine gesellschaftspolitische Botschaft, die nicht schon dreimal vorher formuliert worden ist? Dieser Reflexionsprozess, der dem wissenschaftlichen Denken inhärent ist, stellt eine Stärke dieses Sachverständigenrats dar und schützt uns auch vor dem Banalen oder dem repetitiv Vorgetragenen.

Dr. Heike Schmoll: Frau Dr. Fincke, die Geschäftsstelle liegt am Hackeschen Markt, strategisch günstig, nah am

Machtzentrum des politischen Berlin. Was tun Sie konkret, um nach außen zu wirken?

Dr. Gunilla Fincke: Im Unterschied zum Sachverständigenrat für Umweltfragen oder den Wirtschaftsweisen hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen keinen Beratungsauftrag von der Bundesregierung. Das Interesse an seiner Beratungskompetenz muss er also selbst schaffen. Es war keinesfalls selbstverständlich, dass es von Anfang an ein überragendes Interesse und eine große Offenheit gegenüber der Arbeit des Sachverständigenrats gab. Der Bedarf an wissenschaftlicher Begleitung spiegelt sich in vielen Anfragen nach Informationen und Vorträgen wider. Es ist beachtlich, wie schnell sich der Sachverständigenrat etablieren konnte. Er ist in sehr kurzer Zeit zu einer anerkannten Bewertungsinstanz geworden. Das liegt stark daran, dass es einen Bedarf an sachlicher Information und, wie Herr Bade sagen würde, „kritischer Politikbegleitung" gibt, die schaut: Was waren die deklarierten Ziele und was kommt eigentlich heraus? Für die Außenwirkung setzen wir zum einen darauf, unsere Ergebnisse über die Medien in gesellschaftliche Diskussionsprozesse einzuspeisen. Damit trägt der Sachverständigenrat auch zur Versachlichung der medialen Debatte über Zuwanderung bei. Wir liefern die wissenschaftlichen Fakten, um zuweilen überhitzte Debatten wieder abzukühlen. Zum anderen suchen wir das direkte Gespräch mit politischen Entscheidungsträgern, um für die Handlungsempfehlungen des Sachverständigenrats zu werben. Zusammen erlauben uns diese beiden Wirkungsweisen, Themen auf die Agenda zu setzen und ihre politische Gestaltung nachhaltig mit zu beeinflussen. Da ist es praktisch, dass der Sitz des Sachverständigenrats im Scheunenviertel liegt, einem historischen Zentrum der Zuwanderung nach Berlin. Von hier haben wir kurze Wege ins Regierungsviertel, sind aber auch nicht zu nah dran. Unser Standort im Projektzentrum der Stiftung Mercator zeigt, dass der Sachverständigenrat aus der Zivilgesellschaft kommt.

Dr. Heike Schmoll: Vielen Dank, Frau Dr. Fincke und Herr Professor Faßmann. Ich bitte dann für das nächste Podiumsgespräch Herrn Dr. Krull und Herrn Professor Lorentz auf die Bühne.

Integration, Migration und strategisches Stiftungsengagement

Dr. Wilhelm Krull, Generalsekretär der VolkswagenStiftung und Vorstandsvorsitzender des Bundesverbandes Deutscher Stiftungen, und Prof. Dr. Bernhard Lorentz, Geschäftsführer der Stiftung Mercator, im Gespräch mit Dr. h. c. Heike Schmoll, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Dr. Heike Schmoll: Herr Dr. Krull, es ist kein Geheimnis, dass Stiftungen gerne als Einzelkämpfer agieren. Wie haben Sie es geschafft, acht Stiftungen zur Gründung des Sachverständigenrats zusammenzubringen?

Dr. Wilhelm Krull: Stiftungen legen in der Tat großen Wert darauf, autonom zu agieren und durch ihr Wirken das eigene Profil zu schärfen. In den letzten zehn Jahren ist aber immer deutlicher geworden, dass es eine Reihe von Feldern gibt, auf denen Stiftungen durch Kooperation einfach mehr erreichen können. Zwar wäre es beim Sachverständigenrat in finanzieller Hinsicht möglich gewesen, dass eine oder zwei große Stiftungen das Projekt allein getragen hätten. Um das gebündelte Interesse der Bürgergesellschaft an den Themen zu belegen und unterschiedliche Perspektiven aufzunehmen, ist jedoch eine breite Allianz verschiedener Stiftungen von Vorteil. Dies erhöht zugleich die Akzeptanz und die Wirkungsmöglichkeiten des Sachverständigenrats.

Die Grundidee des Sachverständigenrats war, ein unabhängiges Gremium der Politikberatung zu schaffen, das allein der Wissenschaft verpflichtet ist und auf dieser Grundlage Handlungsempfehlungen für Politik und Gesellschaft erarbeitet. Es ging uns um einen Gegenentwurf zu vielen Kommissionen, deren Zusammensetzung in gewisser Weise das Ergebnis präfiguriert. Diese Unabhängigkeit sollte sich auch in der breiten Trägerschaft sehr unterschiedlicher Stiftungen widerspiegeln. Wir wollten deutlich machen: Hier gibt keine der Stiftungen die Richtung vor. Wenn Sie sich die acht Stiftungen anschauen, sind sowohl operative Stiftungen als auch eher fördernde Stiftungen darunter. Einige verfolgen eine gesellschaftspolitische Agenda, andere sind rein wissenschaftsfördernde Stiftungen. Eine solche Kooperation ist in der Stiftungslandschaft ein neuer Ansatz, der Modellcharakter hat. Die Zusammenarbeit der letzten dreieinhalb Jahre hat gezeigt, dass das gemeinsame Interesse am Erfolg des Sachverständigenrats ein starkes verbindendes Element ist. Vielleicht ist eine solche Zusammenarbeit in Zukunft auch bei anderen Projekten denkbar.

Dr. Heike Schmoll: Herr Professor Lorentz, ein Schwerpunkt der Stiftung Mercator ist das Thema Integration. Wie verbinden Sie Ihre Projektarbeit mit dem Engagement der Stiftung für den Sachverständigenrat?

Prof. Bernhard Lorentz: Alle acht beteiligten Stiftungen profitieren von der Arbeit des Sachverständigenrats, indem sie Impulse für die eigene Projektarbeit bekommen. Mit der Gründung des Sachverständigenrats verbinden die Stiftungen wissenschaftliche Analyse, Advocacy und Projektarbeit. Das ist ein spannendes Kapitel deutscher Stiftungsgeschichte. Ziel der Stiftungen war es, mit dem Sachverständigenrat ein unabhängiges, wissenschaftliches Gremium zu schaffen, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht. Er beobachtet, bewertet und berät. Es war für die Stiftung Mercator von Beginn an sehr wichtig, wissenschaftliche Expertise darüber hinaus auch unmittelbar in die Projektarbeit einfließen zu lassen. Über 80 Prozent der Mittel, die wir im Bereich Integration investieren, gehen in die Projektarbeit, vor allem in Bildungsprojekte. Nur ein kleiner Teil fließt in Projekte, die wissenschaftliche Förderung mit politischer Kommunikation verbinden, so wie beim Sachverständigenrat. Unser Fokus auf die praktische Arbeit ist für uns, genauso wie für andere Stiftungen wie die Körber-Stiftung oder die Freudenberg Stiftung, wichtig, um authentisch zu bleiben und die Erfahrungen aus der Praxis in andere Bereiche einfließen lassen zu können. Wir engagieren uns im gesellschaftspolitischen Diskurs nur auf Feldern, auf denen wir eigene Praxiserfahrung und dadurch Kompetenz vorweisen können.

Dr. Heike Schmoll: Herr Dr. Krull, Politikberatung wird auch von anderen wahrgenommen, beispielsweise der Berlin-Brandenburgischen Akademie oder der Leopoldina, der nationalen Akademie der Wissenschaften. Was ist das Besondere der wissenschaftlichen Politikberatung durch Stiftungen?

Dr. h. c. Heike Schmoll, Prof. Dr. Bernhard Lorentz, Dr. Wilhelm Krull (v. l.)

Dr. Wilhelm Krull: Die von Ihnen genannten Akademien sind in der Politikberatung überwiegend im naturwissenschaftlich-technischen Bereich tätig. Wir haben seinerzeit auch mit diesen Akteuren gesprochen. Die frisch gegründete Nationale Akademie wollte sich zunächst lieber auf ihre Kernkompetenzen in den Natur- und Technikwissenschaften konzentrieren und hat daher die komplexen gesellschaftlichen Felder Integration und Migration gerne den Stiftungen überlassen.

Stiftungen sind Impulsgeber für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Sie können sich Themen widmen, die von anderen Akteuren noch nicht erkannt wurden oder bei denen es starke politische Kontroversen gibt. Das galt lange Zeit für die Themen Migration und Integration. Es war und ist daher von Bedeutung, dass die Stiftungsakteure und die Mitglieder des Sachverständigenrats mit Mut, Entschlusskraft und Durchhaltevermögen an die Themen Integration und Migration herangehen. Unser Ziel ist, dass die Ergebnisse des SVR-Jahresgutachtens breit in die gesellschaftliche Debatte eingespeist und von den politisch Verantwortlichen aufgegriffen werden. Das Jahresgutachten soll Impulse für Politik, Gesellschaft und Wissenschaft geben. Das ist in erstaunlich kurzer Zeit gelungen. Aber das Thema wird uns sicherlich noch eine ganze Weile begleiten. Migration und Integration werden weiterhin zentrale Zukunftsthemen sein.

Prof. Bernhard Lorentz: Herr Faßmann hat vorher eine interessante Parallele zum Klimawandel gezogen. Da erleben wir auch, dass Unabhängigkeit ein großer Vorteil ist, gerade in Situationen, wo wir mit anderen Stiftungen kooperieren und Angebote an die im politischen Prozess dazu legitimierten Entscheidungsträger machen. Die Unabhängigkeit des Sachverständigenrats ist entscheidend für seine Reputation. Die hohe Legitimation des Rats speist sich auch aus seinem Ursprung aus der Bürgergesellschaft, wie der Kuratoriumsvorsitzende Rüdiger Frohn immer betont.

Dr. Heike Schmoll: Das heißt, Sie nutzen als Gradmesser für die Wirksamkeit der Stiftung, inwieweit die Empfehlungen des Sachverständigenrats aufgegriffen werden?

Prof. Bernhard Lorentz: Wir würden als Stiftung niemals eine politische Veränderung als direkten Erfolg unseres Handelns werten. Aber der Sachverständigenrat hat die Diskussion um Zuwanderung und Integration durchaus befruchtet und bei der Politik Gehör gefunden. Das ist in den Beiträgen der anwesenden Politikerinnen und Politiker auch zum Ausdruck gekommen. Ein aktuelles Beispiel ist das Gesetz zur Hochqualifiziertenrichtlinie, das zum 1. August in Kraft getreten ist und mit dem de facto ein Punktesystem mit zwei Kriterien eingeführt wurde: Akademiker aus Drittstaaten können für ein halbes Jahr zur Arbeitsuche nach Deutschland einreisen, wenn sie in dieser Zeit ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Das ist ein Novum der Zuwanderungssteuerung, das deutlich über die Vorgaben der EU-Hochqualifiziertenrichtlinie hinausgeht. Die politisch-rechtlichen Verbesserungen für eine erleichterte Zuwanderung Hochqualifizierter kann man durchaus der langjährigen Arbeit des Sachverstän-

Dr. h. c. Heike Schmoll, Prof. Dr. Bernhard Lorentz, Dr. Wilhelm Krull (v. l.)

digenrats und auch von Klaus Bade persönlich zuordnen: Er wirbt seit Jahrzehnten dafür! Und er hat auch über den Sachverständigenrat hinaus mit seiner Intuition und seinen Ideen immer wieder Impulse gegeben. Ich erinnere an die Idee, gemeinsam mit anderen Stiftungen eine parteiübergreifend besetzte Konsensgruppe zu gründen, um Anregungen des Sachverständigenrats noch umfangreicher in die politischen Parteien zu tragen. Daraus ist die „Hochrangige Konsensgruppe Fachkräftebedarf und Zuwanderung" unter der Leitung von Dr. Peter Struck (SPD) und Armin Laschet (CDU) entstanden. Ihr Abschlussbericht zur Fachkräftegewinnung im Dezember 2011 hat große Beachtung gefunden.

Dr. Wilhelm Krull: Die Kunst besteht meines Erachtens darin, Konstellationen zu schaffen, in denen sich Wirkung entfalten kann. Es wäre töricht, als Stiftung zu versuchen, ein ganz bestimmtes gesellschaftliches Problem zu lösen, womöglich noch im Alleingang. Vielmehr müssen die verschiedenen Aktionsfelder zwischen Wissenschaft, Politik und Stiftungen so operationalisiert werden, wie wir es von Anfang an – Sie haben es erwähnt, Frau Böhmer – mit Ihnen und mit vielen anderen Akteuren gemacht haben. Die Aufgabe ist, den Diskurs ständig am Laufen zu halten. Die Botschaft allein, die man einmal ins Land schickt, wird nicht alle sofort beeindrucken und sich auch nicht umgehend in Handeln übersetzen. Empfehlungen setzen sich erst allmählich durch und die eben genannten Beispiele zeigen das erneut. Wer so etwas wie die Zuwanderungssteuerung bewegen will, braucht einen langen Atem.

Prof. Bernhard Lorentz: Als Historiker möchte ich noch ergänzen: Wenn man in zwanzig Jahren die Geschichte deutscher Stiftungen in den 2000er Jahren beschreibt, dann wird der Sachverständigenrat ein neuer Ansatz sein. Erstmals werden in der Breite und der Wichtigkeit dieses Themas entsprechend nicht nur wissenschaftliche Ergebnisse präsentiert, sondern auch die Politik kritisch begleitet. Das ist der satzungsgemäße Auftrag des SVR. Und das ist der auch mutige Schritt, zu dem die acht Stiftungen sich entschlossen haben.

Drei Jahre nach der Gründung des Sachverständigenrats hat uns der große Erfolg bewogen, mit dem Forschungsbereich eine zweite Säule zu gründen. Der Forschungsbereich führt eigenständige, anwendungsorientierte Forschungsprojekte zu den Themenbereichen Integration und Migration durch und ergänzt die Arbeit des Sachverständigenrats. Ein Schwerpunkt der Forschungsvorhaben liegt auf dem Themenfeld Bildung, dem sich die Stiftung Mercator in besonderer Weise verschrieben hat. Die erste große Studie des Forschungsbereichs zu den Bleibeabsichten internationaler Studierender hat Wirkung gezeigt: Mit der bereits erwähnten Hochqualifiziertenrichtlinie sind auch Erleichterungen für den Verbleib internationaler Absolventen in Deutschland eingeführt worden. Wird damit zukünftig das Potenzial internationaler Studierender besser erschlossen, dann ist auch dies ein weiterer Baustein zur Abfederung des demografischen Wandels.

Dr. Heike Schmoll: Ich danke Ihnen beiden sehr für die Einblicke von außen und innen auf den Sachverständigenrat.

Professor Dr. Dr. h. c. Dieter Oberndörfer

Universität zu Freiburg

Migration, Integration und wissenschaftliche Politikberatung

Meine Damen und Herren, in meinem Vortrag möchte ich Beiträge Klaus J. Bades zu Migration, Integration und wissenschaftlicher Politikberatung skizzieren und würdigen.

Klaus Bade hat in diesen Politikbereichen wichtige Anstöße gegeben. Von diesen wurden die Debatte und die Politik zu Migration, Integration sowie die wissenschaftliche Politikberatung nachhaltig geprägt. Im Wirken Bades äußert sich ein bewundernswertes moralisches Engagement.

Zuletzt will ich noch kurz die Bedeutung erörtern, die eine humane Flüchtlingsaufnahme für Einwanderung und damit für unsere Zukunft als Nation hat.

Mit Einwanderung habe ich bereits das zentrale Thema des migrationspolitischen Engagements Klaus Bades genannt. Bade plädiert seit Beginn der neueren migrationspolitischen Debatte in Deutschland für Einwanderung, für die Öffnung Deutschlands für Zuwanderung und die soziale und politische Integration der Zuwanderer. Einwanderung wirkt als Sauerstoff für die Vitalisierung unserer Gesellschaft. Sie bereichert sie auch kulturell. Einwanderung muss sozialverträglich gestaltet werden und daher auch den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und der demografischen Entwicklung Rechnung tragen.

Einwanderungspolitik ist zwangsläufig Gesellschaftspolitik. Als Gesellschaftspolitik muss sich Einwanderungspolitik am menschenrechtlichen Wertefundament unserer Republik orientieren. Dies gilt insbesondere für die Zuwanderung von Flüchtlingen, die an Leib und Leben bedroht sind. Deren Aufnahme ist eine zwingende Vorgabe des Menschenrechts und auch international verbind-

lichen Rechts.[1] Bei der Regelung der Arbeitsmigration sollen nicht nur der Bedarf des Arbeitsmarktes und der Demografie, sondern auch die normativen Aspekte berücksichtigt werden, die sich aus der Verantwortung für die Herkunftsländer der Migranten ergeben. Einwanderungspolitik hat eine entwicklungspolitische Dimension.

Das hier in groben Zügen umrissene Einwanderungskonzept Klaus Bades beruft sich auf die Dynamik menschlicher Gesellschaften und die Bedeutung von Migration in ihrer Geschichte. Im Unterschied zur Geschichtsschreibung der Nationalstaaten, in der Geschichte als Endbahnhof der Bildung des je eigenen Staates zurechtkonstruiert wird, ist Geschichtsschreibung für den engagierten Historiker Bade nicht eine rückwärtsgewandte selektive Festschreibung des Status quo zur Abwehr von Veränderung, sondern vielmehr Hilfe für die Gestaltung verändernder Zukunft. Lernen aus Geschichte heißt für Klaus Bade auch Lernen aus den Erfahrungen mit Migration und Integration in der Vergangenheit.

Klaus Bade ist es gelungen, als Wissenschaftler in der öffentlichen Debatte und in der Politik Gehör zu finden. Wie war das möglich? In welcher Form ist dies geschehen?

Erlauben Sie mir hier zunächst eine Bemerkung zu Hindernissen wissenschaftlicher Politikberatung. Politiker und vor allem Spitzenpolitiker sind vielbeschäftigte Menschen. Nur wenige nehmen sich dennoch die Zeit und haben die Möglichkeit, sich von der Bonität der wissenschaftlichen Zuarbeit, die sie erreicht, selbst ein fundiertes Bild zu machen. Die beteiligten Personen wechseln, sie kommen und gehen. Dies gilt auch für die wissenschaftliche Beratung von Behörden. Direkte Politikberatung ist zudem häufig belastet durch Versuchungen des Wissenschaftlers, sich Erwartungen seiner Auftraggeber anzupassen.

Wissenschaftliche Beratung der Politik, insbesondere zu kontroversen politischen Belangen, hat über Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit eine weit bessere und wirksamere politische Erfolgschance als durch direkte Beratung von Politikern oder Behörden. Über Beiträge zur Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit wird Wissenschaft von der Politik eher gehört und ernst genommen.

Als engagierter Wissenschaftler hat Klaus Bade bislang vor allem über diesen Weg der Politikberatung gewirkt und mit seinen wissenschaftlich fundierten Beiträgen die öffentliche Debatte über Einwanderung geprägt.

Dieser Weg wurde durch seine beeindruckenden wissenschaftlichen Veröffentlichungen und seine glanzvolle wissenschaftliche Laufbahn unterstützt. Ihr Prestige war als vertrauensbildendes Kapital das Fundament seines migrationspolitischen Wirkens in der Öffentlichkeit und der Politik.

Einige Daten sollen dieses Kapital illustrieren. Da sind etwa 25 Bücher zur Geschichte der Migration, darunter das ins Englische, Französische, Spanische und Italienische übersetzte monumentale Buch „Europa in Bewegung" – ein wirklich großartiges Werk zur neueren Migrationsgeschichte Europas. Dazu kommt noch eine kaum übersehbare Zahl von Aufsätzen. Die Veröffentlichungen Bades begründen sein Ansehen als international geachteter Migrationshistoriker. Dieses Ansehen drückt sich auch in seiner wissenschaftlichen Laufbahn aus. Nach der Habilitation in Erlangen-Nürnberg im Jahr 1979 führte sie in kurzem Abstand über Professuren in Erlangen und Augsburg 1981/82 zu Angeboten von ordentlichen Professuren für Wirtschaftsgeschichte in Nürnberg und für Neueste Geschichte in Osnabrück 1982, wobei Bade sich für den Lehrstuhl in Osnabrück entschied. Bade blieb umworben. 1993 hat sich meine Freiburger Fakultät zu meiner eigenen Enttäuschung und zu ihrem Leidwesen eine Rufablehnung bei Bade eingehandelt, der aber dann ein derart fulminantes Bleibeangebot in Osnabrück erhielt[2], dass damit die Würfel für Osnabrück gefallen waren. Ehrenvolle ganzjährige Gastprofessuren in Harvard und Oxford, am Berliner Wissenschaftskolleg und gleich zweimal am Institute for Advanced Studies der Niederländischen Akademie der Wissenschaften und andere wissenschaftliche und öffentliche Auszeichnungen dokumentieren den Rang Klaus Bades in der Academia. Sie reichten im letzten Jahrfünft vor seiner Emeritierung 2007 vom Philip Morris Forschungspreis 2002 über die Möser-Medaille der Stadt Osnabrück 2004/05 und den Jahrespreis der Helga und Edzard Reuter-Stiftung 2006 bis zum Verdienstkreuz Erster Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland 2007.

In Osnabrück hat Klaus Bade das Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) zu einem international hoch angesehenen Zentrum der Migrationsforschung entwickelt. Hinzu kamen die aktive Mitwirkung in vielen wissenschaftlichen Kuratorien und Beiräten sowie Weichen stellende Gutachten und die Leitung mehrerer bedeutender deutscher und internationaler Forschungsprojekte.

Dies alles und Bades migrationspolitische Aktivitäten, von denen noch die Rede sein wird, dokumentieren eine phänomenale Arbeitsleistung verbunden mit einem hervorragenden Gedächtnis und einer phantastischen Formulierungsgabe. Klaus Bade formuliert auch Komplexes

1 Deutschland hat sich schon 1951 mit der Unterzeichnung der Genfer Konvention zur Aufnahme von Flüchtlingen bekannt, die an Leib und Leben bedroht sind. Die damit verbundene Verpflichtung wurde lange gröblich missachtet.

2 Damit und mit Hilfe eines zusätzlichen Akademie-Stipendiums der VolkswagenStiftung wurde auf Jahre hinaus die gesamte große Ausstattung des von Bade gegründeten Osnabrücker Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) gedeckt.

atemberaubend schnell, dicht und, wenn der Gegenstand das erlaubt und wenn er wütend wird, gestochen scharf. Er kann wissenschaftliche Sachverhalte ohne Informationsverlust verständlich machen und vermitteln. Geholfen hat ihm dabei seine Fähigkeit wunderbar anschaulicher Begriffsbildung. Mit Formulierungen wie „defensive Erkenntnisverweigerung" und „fremdenfeindliche Abwehrmentalität" brachte er politisch hoch aufgeladene, erbitterte Kontroversen kurz und knapp auf durchaus zutreffende Begriffe. Weitere sinnfällige Begriffsschöpfungen Bades sind die „nachholende", „begleitende" und „vorausplanende Integrationspolitik" sowie die „kritische Politikbegleitung" und das „Integrationsbarometer", aber auch viele längst zu geflügelten Worten gewordene Formeln wie „Integration ist keine Einbahnstraße" oder „Migration und Integration sind zwei Seiten einer Medaille".

Über die Organisation kollegialer interdisziplinärer Zusammenarbeit hat Klaus Bade seinem wissenschaftlichen migrationspolitischen Engagement interdisziplinäre Breite und stärkere Durchschlagskraft verschafft. Wissenschaftler sind meistens Individualisten und präferieren die Einzelspur. Wissenschaftler zu gemeinsamem Handeln zu verbinden und dieses zu organisieren, ist ein schwieriges, arbeitsaufwendiges und oft mit viel Ärger verbundenes Unterfangen. Da ich selbst in vielen akademischen Gremien und wissenschaftlichen Projekten tätig war, weiß ich, wovon ich rede. Mir kommt hier das Bild eines Sacks voll stolzer Flöhe in den Sinn. Dass sich Klaus Bade als Wissenschaftler nicht auf den einfacheren Weg der bloßen Konzentration auf eigene wissenschaftliche Publikationen beschränkt hat, sondern mit viel Zähigkeit auch den schwierigen und arbeitsaufwendigen Weg der Organisation interdisziplinärer Zusammenarbeit beschritten hat, belegt ganz besonders die Ernsthaftigkeit und Kraft seines visionären migrationspolitischen Engagements.

Motiviert von seinem Engagement, wurde Klaus Bade zum konzeptionellen Initiator und Organisator des „Manifests der 60: Deutschland und die Einwanderung"[3]. In dieser von ihm über aufwendige Vorgespräche mit den Autoren vorbereiteten, kritisch redigierten und Ende 1993 herausgegebenen Programmschrift haben 60 Professorinnen und Professoren verschiedener Disziplinen – unter ihnen zehn Autoren mit eigenen Beiträgen – in einem inhaltlich straff und streng komponierten Band konzeptorientierte aktive Zuwanderungs- und Integrationspolitik angemahnt. Unter dem Eindruck grassierender Fremdenfeindlichkeit und fremdenfeindlicher Gewalttaten war der Aufruf des Manifests von der Sorge über die mangelnde Handlungsfähigkeit der Politik und die fehlende politische Gestaltung der Einwanderungsprozesse getragen. Das an alle Bundestagsabgeordneten verteilte, auch international beachtete Manifest, dessen Beiträge heute noch in vielem sehr aktuell sind, markiert eine Zäsur in der Migrationsdebatte. In großer Auflage verbreitet, setzte es in der Politik, den Medien und der Wissenschaft lange nachwirkende Akzente. Sie fanden unter anderem Eingang in die ökumenische Migrationsdenkschrift der christlichen Kirchen von 1997, in den Sachverständigenbericht zur „Lage der Familien ausländischer Herkunft in Deutschland" sowie in die Arbeiten zum Bericht der von Rita Süssmuth geleiteten Unabhängigen Kommission Zuwanderung, bei deren konstituierender Sitzung das Manifest auf den Tischen auslag. Das Manifest hat 2002 ganz wesentlich zu jenem zeitweiligen Meinungsumschwung in der Öffentlichkeit zugunsten einer geregelten Einwanderung beigetragen, dessen Kraft schließlich zur Bildung der Süssmuth-Kommission führte, deren bis heute grundlegender Bericht dann aber am Widerstand der Politik scheiterte. Den mit dem Manifest der 60 eingeschlagenen Weg „kritischer Politikbegleitung und -beratung" hat Klaus Bade 1998 durch die Gründung des Rats für Migration (RfM) mit Autoren des Manifests und anderen Kollegen fortgesetzt. Vom Rat für Migration, einem Zusammenschluss von über dreißig mit Migrations- und Integrationsthemen befassten Professoren unterschiedlicher Disziplinen, wurde die Umsetzung der Anstöße des Manifests in Wissenschaft und Politik immer wieder angemahnt. Organisator des Rats war Klaus Bade. Finanzielle Lebenshilfe erhielt er dabei von der Freudenberg Stiftung und logistische Unterstützung kam von seinem Osnabrücker IMIS-Institut, an dem, unter Leitung von Jürgen Oltmer, auch sämtliche Publikationen des Rats für Migration betreut wurden. Die Konzeption des Rats wurde von Klaus Bade entwickelt und formuliert. Ich zitiere eine Passage aus dem Gründungsdokument: „Der Rat für Migration, ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium, will in den Forschungsfeldern von Migration, Integration, Minderheiten und interkultureller Begegnung Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen zusammenführen, um Politik in diesen Bereichen zu beraten und kritisch zu begleiten."[4] Im Vorwort zu dem ebenfalls von Klaus Bade konzipierten und zusammen mit Rainer Münz im Jahr 2002 herausgegebenen RfM-Migrationsreport heißt es zur politischen Zielsetzung des Rats noch deutlicher: „Die öffentliche Diskussion um Migration und Integration sowie die Förderung und kritische Begleitung von Migrations- und Integrationspolitik ist das wichtigste Ziel der Arbeit des Rats für Migration."[5] Über

3 Klaus J. Bade (Hrsg.), Das Manifest der 60 – Deutschland und die Einwanderung, München 1993.
4 Aus: Migrationspolitik in Deutschland – Eine Zwischenbilanz, IMIS, Hrsg. Prof. Dr. Michael Wollenschläger, Redaktion Dr. Jochen Oltmer, 1999.
5 Zitat aus meinem Vorwort zum „Migrationsreport 2002, Fakten – Analysen – Perspektiven". Für den Rat für Migration herausgegeben von Klaus J. Bade und Rainer Münz, Campus Verlag Frankfurt/New York, 2002.

die wissenschaftlichen Publikationen des Rats, vor allem die seit 2000 in zweijährlicher Folge herausgegebenen „Migrationsreporte“, angesehene Katalysatoren der Migrationsforschung, sowie über die wissenschaftlichen Tagungen des Rats, auf denen jeweils aktuelle Themen der Migration und Integration behandelt wurden, kann ich mangels Zeit nicht berichten. Zur politischen Zielsetzung des Rats möchte ich aber doch auf eine schon 1998 von allen Mitgliedern des Rats unterzeichnete Denkschrift hinweisen, die unter dem Titel „Zur künftigen Migrationspolitik – Empfehlungen des Rates für Migration an Bundestag und Bundesregierung“[6] allen Mitgliedern des Bundestags zuging und der Öffentlichkeit in Bonn auf einer Pressekonferenz von Bert Rürup und mir vorgestellt wurde. Ihre Überlegungen und Empfehlungen eilten ihrer Zeit voraus, haben aber doch vielleicht geholfen, die damals besonders stur gewordene Blockadefront „defensiver Erkenntnisverweigerung“ aufzuweichen. In diesem Sinne haben ferner zahlreiche Presseerklärungen gewirkt, die ich als Vorsitzender und Sprecher des Rats in den Jahren 2000 bis 2004 und auch später noch abgeben konnte.

Als Klaus Bade im Mai 2003 von Bundesinnenminister Otto Schily in den vom Zuwanderungsgesetz vorgesehenen Sachverständigenrat für Zuwanderung und Integration (Zuwanderungsrat) berufen und von dessen Mitgliedern zum Stellvertreter der Vorsitzenden Rita Süssmuth gewählt wurde, schien sich ihm die Möglichkeit zu bieten, seine Vorstellungen zu Migration und Integration in direktem Kontakt mit der Politik umzusetzen. Dazu zählte vor allem die Mitarbeit an der primären Aufgabe des Zuwanderungsrats, der Erstellung eines jährlichen Gutachtens über den aktuellen Stand von Zuwanderung und Integration und deren absehbare Entwicklung. In seinem ersten Jahresbericht vom Herbst 2004 ging der Zuwanderungsrat jedoch den Politikern und besonders Otto Schily zu weit. Der Rat wagte es, konkrete Empfehlungen zu geben, und schlug die Gewährung von jährlich bis zu 25.000 „Engpassgenehmigungen“ für Zuwanderer vor. Dieses vernünftige Vorhaben für den gespaltenen Arbeitsmarkt Deutschlands, in dem fehlende Ingenieure nun einmal nicht durch arbeitslose Bergleute oder Werftarbeiter ersetzt werden konnten, stieß bei fast allen Parteien des Bundestags auf eine Woge empörter Ablehnung, zumal die Veröffentlichung des Berichts des Zuwanderungsrats zeitlich mit der Ankündigung der Entlassung von ca. 4000 Arbeitskräften bei Opel zusammengetroffen war. Die gesetzliche Grundlage für den Zuwanderungsrat, das Punktesystem, war schon im Juni 2004 in einem Kompromiss gefallen, bei dem Bündnis 90/Die Grünen mit dem Zugeständnis der Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung im Asylbereich abgefunden wurden. Der Zuwanderungsrat erklärte sich bereit, auch ohne gesetzliche Grundlage und Ausstattung weiter zu arbeiten. Daraufhin wurde seine Auflösung parteipolitisch und behördengesteuert betrieben. Dass seine Auflösung dann zum Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am ersten Januar 2005 ohne Presseerklärung, ohne halbwegs angemessene Entpflichtung und nur in direkten Anschreiben an die Mitglieder in einer Art Nacht-und-Nebel-Aktion am 21. Dezember 2004, also am Vorabend von Weihnachten, ohne die Möglichkeit zu Stellungnahmen oder Gegenreaktionen in der Öffentlichkeit geschehen konnte, ist wegen der potenziellen Bedeutung, die der Zuwanderungsrat für die politische Aufarbeitung der Themen Migration und Integration hatte, ein tiefdunkles Kapitel der deutschen Politik und insbesondere des deutschen Bundestags. Es dokumentiert eine damals immer noch vorhandene migrationsfeindliche Grundstimmung in Politik und Gesellschaft und nicht zuletzt beschämende Intrigen im Zusammenspiel von Medien und Politik.

Aber bereits 2008, nur drei Jahre später, feierte der Zuwanderungsrat als „Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ eine „erstaunliche Erneuerung“[7]. Anders als beim ersten Anlauf handelt es sich aber jetzt um ein politisch unabhängiges wissenschaftliches Expertengremium auf der Basis privater Initiativen, großer, schon selbst im Bereich Integration tätiger Stiftungen. Wie zuvor der Zuwanderungsrat hatte auch der Sachverständigenrat den Auftrag eines jährlichen Gutachtens zu Migration und Integration.

Der Sachverständigenrat verdankte seine Gründung weitblickenden Initiativen der VolkswagenStiftung und der Stiftung Mercator. Die Idee und das Konzept jedoch kamen von Klaus Bade. Prof. Dr. Bernhard Lorentz, der Geschäftsführer der Stiftung Mercator, hat dies in seinen Dankesworten für Klaus Bade klar formuliert.[8]

Von den Leistungen des Sachverständigenrats möchte ich nur die Integrationsbarometer erwähnen, da über sie nachgewiesen wurde, dass Zuwanderung und Integration von unseren Bürgern mehrheitlich weit positiver wahrgenommen werden, als die Polemik ihrer Gegner glauben machen will. Dieser Sachverhalt hat eine so grundlegende politische Bedeutung, weil Migration und Integration in einer demokratischen Gesellschaft auf legitimierende Zustimmung angewiesen sind. Die Kritiker der Integrationsbarometer haben dies begriffen. Ihre unfairen, bösartigen Angriffe auf den Sachverständigenrat und Klaus Bade signalisierten damit die politische Bedeutung

6 Text in: Frankfurter Rundschau v. 16.10.1998, S. 20 und in: Migrationspolitik in Deutschland, a.a.O.

7 Roland Detsch, Phönix aus der Asche – der neue Zuwanderungsrat, Goethe-Institut Online-Redaktion, März 2009.

8 Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Presseinformationen, Berlin, Führungswechsel im Sachverständigenrat, 28.07.2012.

der Botschaften der Integrationsbarometer

Wie ein Blick in viele Regionen Deutschlands verdeutlicht, bleiben dennoch große Aufgaben. Zwar wurde in der Politik mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, dem Zuwanderungsgesetz, der Islamkonferenz und dem nationalen Integrationsplan, die sich auch im Vergleich mit anderen Ländern sehen lassen können, weit mehr erreicht als in den vorausgegangenen Dekaden. Zu diesen Erfolgen haben viele Akteure aus Politik und Gesellschaft im Bund und in den Ländern und nicht zuletzt auch Wissenschaftler wie Klaus Bade und seine Weggefährten beigetragen. Trotz des erreichten Wandels in der Grundstimmung in unserer Gesellschaft müssen aber die immer noch vorhandenen Defizite unserer politischen Kultur sehr ernst genommen werden. Zuwanderung nach Deutschland wurde nicht wie in anderen Einwanderungsländern mit positiven Erwartungen aufgeladen, wurde nicht offiziell begrüßt und unterstützt. Im Gegenteil: Von vielen wird sie heute noch mit Hass bekämpft. Integration erhält dadurch den Anschein der bloßen Reparatur eines letztlich negativen Geschehens. Klaus Bade spricht in diesem Zusammenhang davon, dass „Deutschland im politischen Elitendiskurs und in den Medien [...] immer noch eine griesgrämige oder doch verschämte Einwanderungsgesellschaft wider Willen" geblieben sei, und kritisiert die damit verbundenen Mängel unserer „Willkommenskultur"[9].

Wir dürfen uns nicht damit beruhigen, dass die Ablehnung von Fremden und die daraus erwachsende latente Gefährdung von Humanität und innerem Frieden potenziell allen Gesellschaften innewohnen. In unseren Einstellungen gegenüber Zuwanderern geht es letztlich um die humane Qualität unserer Republik. Wir müssen uns um den Abbau solcher Gefährdungen bemühen.

Die fehlende Akzeptanz von Zuwanderung und die schändliche Einschränkung der Humanität gegenüber ‚Ausländern' äußern sich seit vielen Jahren in der Politik gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden. Sie zeigen sich vor allem auch im Scheitern der Bemühungen, notwendige und effektive politische Korrekturen inhumaner Praktiken zu erreichen. So war es möglich, dass die Leistungen für Asylbewerber im sogenannten Asylbewerberleistungsgesetz weit unter das Niveau der vom Bundesverfassungsgericht als menschenwürdig definierten Mindestleistungen abgesenkt werden konnten und erst jetzt nach vielen Jahren ein Inflationsausgleich über das Bundesverfassungsgericht erstritten wurde.

Weitere Arbeitsmigration wird von dem demografisch bedingten Mangel an Arbeitskräften erzwungen werden. Sie hat sich schon jetzt durch Absenkung der für zuwanderungswillige Fachkräfte notwendigen Einkommenshöhen, durch Zuwanderung aus der EU, in geringerem Umfang auch durch Kontingente verstärkt. Zugleich wird der Druck der Flüchtlingszuwanderung anhalten und eher noch zunehmen. Für die Humanisierung der gesamten Migrationspolitik aber hat die Humanisierung der Flüchtlingspolitik eine Schlüsselfunktion.

Es ist in Deutschland so viel und so vollmundig von Vergangenheitsbewältigung die Rede. Der von ihr angestrebte Beitrag zu mehr Menschlichkeit sollte heute in Gestalt einer humaneren Flüchtlingsaufnahme praktiziert werden. Erfolgreiche Vergangenheitsbewältigung muss heißen, dass der unheimliche Wahn bekämpft wird, es gäbe wesentliche Unterschiede zwischen dem Wert der Menschen unserer Nation und dem Wert der Menschen anderer Völker.

Nachhaltige Impulse zur Korrektur dieses Wahns[10] gibt es derzeit primär durch gesellschaftliche Gruppen wie etwa in den Kirchen, durch Pro Asyl oder auch durch einzelne Akteure wie Klaus Bade, den Heribert Prantl in der Süddeutschen Zeitung heute zu Recht einen „Einzelkämpfer für Einwanderer" genannt hat.[11]

Die Humanisierung der Flüchtlingspolitik hätte eine tiefgreifende symbolische Wirkung für unsere Migrationspolitik und die Bildung einer reicheren nationalen Identität. Geschichtliche Erfahrungen bestätigen, dass Fortschritte bei der Humanisierung unserer Gesellschaft primär über das Engagement von Einzelkämpfern und gesellschaftlichen Gruppen gelingen. Die Unterstützung ihres Engagements durch private Stiftungen könnte ihnen helfen. Gruppen in den Kirchen und Organisationen wie Pro Asyl oder der Interkulturelle Rat sind in ihrem Einsatz für Flüchtlinge und Minderheiten bisher „nur" heroische Einzelkämpfer ohne größere Gefolgschaft geblieben. Was private Stiftungen für unsere Migrationspolitik bringen können, zeigt die Arbeit des Sachverständigenrats.

Wir begegnen in der Migrationspolitik ungelösten Fragen unseres Selbstverständnisses als Nation oder noch genauer Fragen nach dem Kern unserer nationalen Identität. Im Schatten der gewaltigen, insgesamt recht erfolgreichen Anstrengungen zur wirtschaftlichen und sozialen Einigung Deutschlands ist die – noch gegen Ende der Bonner Republik bei der Feier zum vierzigjährigen Bestehen des Grundgesetzes geführte – Debatte über das Ende des

9 Klaus Bade, Zuwanderungsregelung und Integrationsförderung: Wovor und mit welchen Folgen hat sich die Politik so lange versteckt? Vortrag auf dem Fachkräfteforum Zuwanderung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in Dresden am 16.05.2012, unveröffentlichtes Manuskript.

10 Zu diesem Wahn und seinen Grundlagen in der völkischen Tradition vgl. Dieter Oberndörfer, Der Wahn des Nationalen, Freiburg 1995, und Die Offene Republik, 2. Auflage, Freiburg 1992.

11 Heribert Prantl, Einzelkämpfer für Einwanderer. Der Sachverständigenrat verabschiedet seinen Chef Klaus Bade, in: Süddeutsche Zeitung, 30.8.2012.

Nationalstaats und eine Entstehung der von dem Historiker Karl Dietrich Bracher propagierten „postnationalen Republik“ eingeschlafen.

In dem späteren Streit über „Leitkultur“ wurde nicht genügend herausgestellt, dass das legitime Engagement für eigene kulturelle Traditionen eingebunden sein muss in die Anerkennung unseres Grundgesetzes und dessen menschenrechtlichen Kern. Mit diesem ist Ausländer- und Minderheitenfeindlichkeit ebenso wie die kontinuierliche Absage an Einwanderung unvereinbar. Wenn es nicht gelingt, den menschenrechtlichen Werten unserer politischen Ordnung stärker als bisher Geltung zu verschaffen, fehlt eine wichtige Grundlage für den Ausbau der notwendigen Willkommenskultur.

Ich freue mich, dass ich zu Ihnen über das Wirken von Klaus Bade für Migration und Integration sprechen konnte. Auf dem Humus gemeinsamer Ziele, gemeinsamer Bemühungen, aber auch gemeinsamer Enttäuschungen ist in über 30 Jahren im Verhältnis von Klaus Bade und mir eine uns bereichernde Freundschaft gewachsen. Aus den Erfahrungen dieser langen Zeit bin ich gewiss, dass sich Klaus Bade nach seinem Überwechseln in die Einzelspur in der Migrations- und Integrationsdebatte weiterhin als kritischer Politikbegleiter kräftig und leidenschaftlich zu Wort melden wird. Wir brauchen ihn auch in dieser Debatte.

Dr. Heiner Geißler

Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit a. D.

Klaus J. Bade und die ethischen Grundlagen der Zuwanderungsdebatte

Sehr geehrte Damen und Herren, Bertolt Brecht hat in seinem Drama „Galileo Galilei" die Situation beschrieben, als Galileo aus dem Raum der Sacra Rota trat, also aus der Inquisitionsbehörde, der Vorgängerinstitution der heutigen Glaubenskongregation, deren Vorsitzender lange Zeit der jetzige Papst war: Als Galileo aus der Tür der Sacra Rota trat, standen draußen seine Schüler. Galileo ging gebeugt, man sah ihm an, dass etwas Schreckliches passiert sein musste, und die Schüler wussten: Er hat widerrufen.

Nebenbei gesagt kann man sich die Frage stellen: Hätte er sich eigentlich verbrennen lassen sollen? Nur deswegen, weil die Kardinäle naturwissenschaftlich noch nicht so weit waren zu begreifen, dass er Recht hatte?

Die Schüler haben das, laut Brecht, offenbar anders gesehen, denn sein Lieblingsschüler rief ihm zu: „Unglücklich das Land, das keine Helden hat!" Da hat sich Galileo, bei Brecht, aufgerichtet und erwidert: „Unglücklich das Land, das Helden nötig hat."

Nun will ich Klaus J. Bade nicht mit Galileo Galilei vergleichen; und doch hat diese Geschichte von Brecht etwas mit unserem Klaus J. Bade zu tun und mit dem, was er in seinem Leben gewirkt und bewirkt hat.

Deutschland war über Jahrzehnte zumindest partiell ein unglückliches Land. Zwanzig Jahre ist das jetzt gerade her: Rostock-Lichtenhagen, Mölln, Hoyerswerda, Solingen ... was einem auch alles einfallen mag an schrecklichen Geschehnissen in einem Land, aus dem heraus sechs Millionen Juden vergast worden waren, wenige Jahrzehnte zuvor. Ein langer Weg lag damals vor den Zeitgenossen, die sich damit nicht abfinden wollten. Es war schwer für

alle, die sich dagegen wehrten, auch in meiner eigenen Partei, die ich hier besonders ansprechen muss. Über die anderen Parteien maße ich mir kein Urteil an, obwohl es diese Diskussionen dort auch gab. Vor diesem Hintergrund war es ein Glücksfall, dass es Klaus J. Bade gab. Sie haben uns munitioniert mit Argumenten.

Sie sind vielleicht kein Held im Sinne von Bertolt Brechts Galileo. Sie mussten nicht widerrufen. Aber Sie sind, im Sinne von Kant, der große Aufklärer geworden, der maßgeblich dazu beigetragen hat, dass dieses Land und seine politische Elite, kurzum die Menschen dieses Landes „den Ausgang fanden", wie Kant es formuliert, aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit auf dem Weg zu Einwanderungsland und Einwanderungsgesellschaft, um die Fähigkeit zu bekommen, selbstständig, hier: eigenständig zu denken, selbstbewusst und doch humanitär zugleich. Das ist Ihre ganz große Leistung, diese große Aufklärung in der Ausländerpolitik, in der Einwanderungspolitik, in der Integrationspolitik.

Das war ein weiter Weg. Ich will, um diese Wegstrecke zu markieren, nur einmal eine Diskussion im Fraktionsvorstand CDU/CSU um die doppelte Staatsbürgerschaft schildern – Rita Süssmuth kann sich vielleicht noch daran erinnern, Maria Böhmer war vielleicht auch dabei. Wir haben damals darauf hingewiesen, und viele andere waren ganz anderer Auffassung, dass diese Debatte um die doppelte Staatsbürgerschaft etwas mit unserer Verfassung zu tun hat. In Artikel 1 wird die Menschenwürde als unantastbar dargestellt und noch durch Artikel 79 Absatz 3 mit einem Ewigkeitscharakter versehen. Und der damalige Innenminister Kanther stand auf und sagte: „Die Verfassung ist fünfzig Jahre alt. Das deutsche Volk ist tausend Jahre alt." An diesem Beispiel können Sie sehen, welch hohes Maß an geistiger Verwirrung herrschte, als es damals um die Bewertung der Ausländer- und Einwanderungspolitik ging.

Ich habe da auch meine eigenen Erfahrungen gemacht. Rita Süssmuth, in manchen Kommentaren von Ihnen kommen Teile der CDU schlecht weg, völlig zu Recht. Aber es gab auch andere Teile und der Weg, der hier gegangen worden ist, war sehr schwer bei dem angedeuteten Umfeld. Ich denke an Namen wie Rita Süssmuth, Christian Schwarz-Schilling, Norbert Röttgen, Peter Altmaier, Hermann Gröhe, Karl Lamers, Ruprecht Polenz, Andreas Krautscheid, Peter Müller, Maria Böhmer. Die wären damals innerhalb der CDU/CSU nie irgendetwas geworden. Später oder heute waren oder sind sie in führenden Positionen der Christlich Demokratischen Union.

Ich führe das nur an, um zu zeigen, wie sich die Mentalitäten in dieser einen großen Volkspartei völlig verändert haben. Sie haben selber diesen Weg in einem Interview beschrieben und sagen zu Recht, dass in den letzten zehn Jahren in der Migrations- und Integrationspolitik mehr passiert ist als in den vier Jahrzehnten davor zusammen: die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts, die Islamkonferenz, der Nationale Integrationsplan. Auch das Zuwanderungsgesetz: „Wäre es nach Bade gegangen", schrieb heute die Süddeutsche Zeitung, wäre das Gesetz „mindestens 10 Jahre früher gekommen. Wäre es nach ihm gegangen, wäre dieses Gesetz ein großer Teppich geworden, auf dem Integration stattfinden kann. Aus dem Teppich wurde, und auch das nur mit Müh' und Not, ein Topflappen. Aber auch auf diesem müsste eigentlich sein Name stehen. Bade hat ganz wesentlich dazu beigetragen, dass sich das Bewusstsein in Deutschland gewandelt hat." Integration ist hierzulande, wie Sie sagen, längst eine Erfolgsgeschichte und viel besser als ihr Ruf im Land. Probleme sind nach wie vor vorhanden, aber sie bestätigen als Ausnahmen eher die Regel der erfolgreichen Integration. Diese kann sich auch im internationalen Vergleich sehr wohl sehen lassen. In Frankreich, England oder den Niederlanden ist die Lage durchaus schwieriger.

Sie schildern in einem Aufsatz die Begegnung mit einem früheren hohen Beamten aus dem Innenministerium im Jahre 1996. Der kam auf Sie zu und sagte, er sei derjenige, der Anfang der 1980er Jahre alles verhindert habe, was Sie, Klaus J. Bade, damals vorgeschlagen hätten im Blick auf Einwanderungssteuerung und Integrationsförderung auf dem Weg zum Einwanderungsland: Damit seien er und das BMI ja sehr erfolgreich gewesen, haben Sie zur Zufriedenheit des Beamten gesagt. Aber dann haben Sie ihn gefragt, wer denn nun, rückblickend, Recht gehabt habe: Sie mit Ihrer Einschätzung, dass Deutschland auf dem Weg zum Einwanderungsland sei und dass daraus die entsprechenden legislativen Folgerungen gezogen werden müssten, oder er mit seiner Einschätzung, dass das nicht so sei und auch nichts geschehen dürfe, was auf legislativem Wege eine solche Entwicklung fördern könnte. Da habe der Beamte gesagt, rückblickend hätten Sie da schon Recht gehabt – „aber das konnten Sie damals doch gar nicht wissen!"

Und das ist die Parallele zu Galileo. Diese „defensive Erkenntnisverweigerung", wie Sie das schon in den 1980er Jahren genannt haben, die hatte seinerzeit das Kardinalskollegium auch. Mit den gleichen Folgen, über die Sie einmal gesagt haben: „Was man verdrängt, das kann man nicht gestalten." Und deswegen ist auch nicht die Multikulti-Diskussion, sondern eben diese Erkenntnisverweigerung lange, lange Jahre hindurch in den Eliten der Politik – nicht nur meiner Partei – der Grund für das, was Sie beklagen: dass wir in der Integrationspolitik schon vor 25 Jahren so weit waren, da anzusetzen, wo das Bemühen um aktive Gestaltung und Beteiligung im letzten Jahrzehnt angesetzt hat.

Deutschland ist seit vielen Jahren kein Einwanderungsland mehr, sagen Sie, sondern Ein- und Auswanderungsland zugleich, kurzum ein Migrationsland mit hoher transnationaler und insbesondere innereuropäischer Mobilität. Eine vielgestaltige Einwanderungsgesellschaft entfaltet sich in seinen Grenzen. Sozialer Frieden und

kulturelle Toleranz sind für Sie die tragenden Säulen in der Architektur dieser Einwanderungsgesellschaft. Ihre Basis ist das Grundvertrauen zwischen Mehrheits- und Einwandererbevölkerung, sagen Sie. Aber dazu braucht es positive Leitbilder im Bemühen um „ein solidarisches Wir". Und jetzt sagen Sie etwas ganz Entscheidendes: Dieses „solidarische Wir" muss die Teilhabe von allen im Land Lebenden einschließen, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Dieses „solidarische Wir" gilt also nicht exklusiv „Dem Deutschen Volke", wie es seit 1916 auf der Inschrift über dem Westportal des Reichstagsgebäudes heißt.

Es war eine der großen positiven Entscheidungen, dass es im Reichstag auch eine Stätte gibt, an der man sich erinnert, dass nicht nur das deutsche Volk, sondern die in unseren Grenzen lebende Bevölkerung insgesamt repräsentiert werden sollte durch das Parlament unserer Republik. Ich habe damals als Bundestagsabgeordneter einen Felsbrocken von der Reichsfeste Trifels dort deponiert, der liegt da immer noch. Im Bundestag in Bonn gab es früher eine Karte, die das Heilige Römische Reich Deutscher Nation zeigte – von der Provence bis in die baltischen Länder und von Sizilien bis nach Flandern. Und wenn man da die Diagonale gezogen hat, dann lag im Schnittpunkt die Burg Trifels.

Dieser Grundgedanke, dieses Denken an die in Deutschland lebende Bevölkerung und nicht nur an das deutsche Volk im engeren Sinne, das war die ethische Grundlage der Konzeption von Klaus J. Bade. Es war die Erkenntnis, dass wir auch und gerade beim Thema Integration zwischen den Menschen keine wertenden Unterschiede machen dürfen. Aristoteles sagt, dass Politik nichts anderes sei als das Bemühen, das geordnete Zusammenleben der Menschen zu ermöglichen. Da muss man sich Gedanken machen darüber, wie diese Ordnung aussehen soll, und da kommen wir um die Frage nicht herum: Wer ist ein Mensch, was ist ein Mensch? Und diese Frage haben Sie sich gestellt, haben wir uns alle gestellt, die wir uns um die Integration bemüht haben.

Das war nicht unbestritten in der Menschheitsgeschichte. Karl Marx hat in einer frühen Schrift zur Judenfrage dem Sinne nach gesagt: Der Mensch, wie er geht und steht, ist nicht der eigentliche Mensch. Er muss das richtige Bewusstsein haben, der richtigen Klasse angehören. Die Nationalisten meinten, der richtigen Nation. Die Nazis meinten, der richtige Rasse. Bei uns meinte man, dem richtigen, nämlich dem deutschen Volk. Und andere Fundamentalisten sagen, er muss die richtige Religion haben, sonst wird er ausgepeitscht, wie in einigen arabischen Ländern. Wieder andere Fundamentalisten meinen gar, man müsse das richtige Geschlecht haben. Die wohl am weitesten verbreitete negative Apostrophierung des Menschen, Frau zu sein, ist eine besondere Problematik bei der Integration. Denn die flächendeckende Diskriminierung und Entrechtung der Frauen in der islamischen Welt realisiert sich auch in Teilen der muslimischen Bevölkerung und produziert die Abwehrhaltung vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der islamischen Religion.

Wir müssen auf die Werte bauen, die im Grundgesetz verankert sind und die Grundlage unseres Zusammenlebens bilden: dass der Mensch, wie er geht und steht, der eigentliche Mensch ist, und zwar unabhängig davon, wo er geboren ist, woher er kommt – unter der Voraussetzung, so haben Sie immer gesagt, lieber Herr Bade, und auch das ist Teil der ethischen Grundlagen gewesen, dass sich die Menschen, die hier leben wollen, zu dieser Verfassung bekennen. Wir müssen das immer wieder betonen, gerade weil es, wie Sie sagen, immer wieder randständige fremdenfeindliche, heute insbesondere islamfeindliche Strömungen gibt.

Etwas, das Sie besonders betont haben, ist der Zusammenhang von Wortgewalt und Tatgewalt. Etwas, was mich auch immer wieder erschüttert hat, auch im Rückblick, ist: Was waren die Vorläufer von Mölln, von Lichtenhagen, von Hoyerswerda? Das war eine unglaublich verhetzte und auch verwirrte Medienlandschaft. Die Bildzeitung, der Spiegel mit Plakaten an den Litfaßsäulen. Dass Titelgeschichten aufgemacht worden sind mit Untergangswarnungen: „Das Boot ist voll!"

Es ist unglaublich, was sich in unserer Medienlandschaft damals abgespielt hat und sich auch heute noch entwickeln kann. Patrick Bahners hat, wie Sie einmal schrieben, im Blick auf die unerhörten Beleidigungen, Schmähungen und auch Bedrohungen, die Ihnen und anderen Aufrechten widerfahren sind, gesagt: „Das eigentlich Bedenkliche an solchen Vorgängen scheint mir zu sein, dass es angesichts der Schlichtheit der konkret agierenden Person, also der Beleidiger, auch ein Umfeld an geistigen Brandstiftern gibt, die solche Fanatisierung ermöglichen." Und darin liegt auch die eigentliche Bedeutung der Auseinandersetzung mit Thilo Sarrazin, mit Necla Kelek und anderen sogenannten Islamkritikern.

Von Aristoteles stammt der Satz: Nicht die Dinge bewegen die Menschen, sondern die Ansichten über die Dinge. Ich sage das am liebsten auf Griechisch, weil Griechenland ja in unserer Diskussion etwas ins Abseits gerät, weil wir vergessen, wo wir eigentlich herkommen, geistig, philosophisch, kulturell. Griechenland ist sozusagen das kulturelle Mutterland Europas, mit dem man nicht nach rein ökonomischen, monetären Gesichtspunkten umspringen kann, wie man will.

Nicht die Tatsachen verwirren die Menschen, sondern die Ansichten über die Tatsachen. Heinrich Heine hat das in „Deutschland – ein Wintermärchen" in einer großartigen Form ausgedrückt: „Du denkst, und ich – ich handle", sagt der schweigsame Dämon zum Autor. „Ich bin dein Liktor, und ich geh' beständig mit dem blanken Richtbeil hinter dir – ich bin die Tat von deinem Gedanken." Und das ist die eigentliche Gefahr, dass wir wieder einen Rückfall bekommen in das, was vor 20 Jahren passiert

ist, dadurch, dass dieser bedrohliche Zusammenhang zwischen Wortgewalt und Tatgewalt nicht gesehen wird.

Die wissenschaftliche Fundierung der Migrationspolitik, der Einwanderungspolitik haben wir Ihnen, Klaus J. Bade, und vielen von Ihnen hier im Saal, den Wissenschaftlern, zu verdanken. Sie haben uns die Argumente geliefert. Dafür muss Ihnen die Politik dankbar sein.

Es hat ja im Zusammenhang mit der Fußball-Europameisterschaft wieder eine Diskussion gegeben. Einigen Leuten hat es keine Ruhe gelassen, dass in der deutschen Fußballnationalmannschaft Fußballer mitspielen, die nicht Wilhelm Schulz oder Dieter Meier heißen, sondern Sami Khedira, Jerome Boateng, Mario Gomez und, völlig unglaublich, sogar Mesut Özil. Um Deutscher zu sein, las man dann im Internet, reiche es nicht aus, einen deutschen Pass zu haben, man müsse schon zum deutschen Volk gehören, denn, ich zitiere: „Ein Stück Papier ändert die Abstammung nicht."

Das ist richtig. Aber muss man heute, um Deutscher zu sein, einen reinrassigen Stammbaum haben wie Schäferhunde und Zuchtbullen? Das ist in Deutschland in den 1000 Jahren, die dieses Volk angeblich existiert, nie der Fall gewesen. Man musste das nicht im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation und man muss es nicht in unserer Bundesrepublik Deutschland. Nur bei Kaiser Wilhelm und den Nazis war der Stammbaum Kult.

Mit gleichem Recht könnte man ja auch fragen, wie ein Deutscher aussieht. Wie die Glatzen in Südost-Sachsen oder wie Thilo Sarrazin? Oder wie Heino und Florian Silbereisen? Sehen so die Deutschen aus? Die haben sich schon immer mit ihren Nachbarn vermischt: mit Römern, Kelten, Griechen, Germanen, Slawen – auch das haben Sie immer wieder gesagt. So hat sich in der Mitte Europas eine der schönsten Kulturen der Welt entwickelt: in Dichtung und Musik. Aber rassistischer Nationalismus hat trotzdem millionenfache Opfer gekostet, Hunderttausende in Flucht und Exil getrieben – gerettet und zugleich verloren für Deutschland.

Deutschland aber hat seine größten Erfolge als demokratisches, weltoffenes, europäisch integriertes Gemeinwesen erzielt, international vernetzt in Wirtschaft, Forschung und Sport und nicht als völkisches Kollektiv, das hat Professor Oberndörfer oft gesagt. Kein völkisches Kollektiv, sondern dieses Deutschland, wie ich es gerade beschrieben habe, wird in der Welt positiv gesehen. Und dass wir dieses Deutschland als friedvolle und tolerante Einwanderungsgesellschaft haben und in der Welt zeigen können, das verdanken wir nicht zuletzt dem großen Aufklärer in der Migrations- und Integrationsdebatte, dem großen Forscher, dem großartigen Gelehrten und dem mutigen Menschen Klaus J. Bade.

Prof. Dr. Klaus J. Bade

Gründungsvorsitzender des SVR 2008–2012

Rückblick

Lieber Heiner Geißler, lieber Dieter Oberndörfer, ich danke Ihnen für die bewegenden Worte.

Ich grüße die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney.

Für ihre liebenswürdigen Grüße danke ich Frau Bundestagspräsidentin a. D. Rita Süssmuth, Frau Staatsministerin Maria Böhmer, der stellvertretenden SPD-Bundesvorsitzenden Aydan Özoguz und dem Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, Cem Özdemir.

Stellvertretend für die Vertreter der Stiftungen, die den SVR tragen, grüße ich mit Dank Herrn Frohn und Herrn Lorentz von der Stiftung Mercator, die als Vertreter der Gesellschafter im Kreis der Stiftungen der direkte Ansprechpartner für den SVR ist.

Ich grüße Herrn Krull, dessen VolkswagenStiftung ich zehn Jahre lang als Kurator verbunden war. Als Generalsekretär seiner Stiftung sowie als Vorsitzender des Bundesverbandes deutscher Stiftungen war er für mich der erste Ratgeber bei meinen konzeptionellen Überlegungen, an denen anfangs auch Herr Endres von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung beteiligt war.

Meine Überlegungen zielten nach den Erfahrungen mit der angeblich Unabhängigen Kommission Zuwanderung (2000/01) und dem angeblich unabhängigen Zuwanderungsrat der Bundesregierung (2003/04) auf ein nicht mehr von Politik und Staat abhängiges, d.h. ein wirklich unabhängiges, aus der Bürgergesellschaft selbst kommendes Gutachtergremium. Diese gemeinsamen konzeptionellen Überlegungen haben dank der später

von Mercator geführten Stiftungsinitiative schließlich zum Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geführt.

Ich grüße meine Nachfolgerin als SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld sowie die anderen Kolleginnen und Kollegen der ersten und zweiten SVR-Generation.

Ich grüße Frau Fincke samt Mitarbeitern aus Geschäftsstelle und Forschungsbereich des SVR.

Ich grüße Frau Schmoll stellvertretend für die Vertreter der Medien, die immer die ersten Ansprechpartner des Sachverständigenrats waren und sind.

Ich grüße die Vertreter aus Politik und Behörden und ganz besonders meine anwesenden Freunde und langjährigen Wegbegleiter.

Damit ich unter den anwesenden Würden- und Bürdenträgern ganz sicher niemanden übergehe, sage ich mit meinem lieben alten Pariser Freund Alfred Grosser abschließend: *Chers tous*, liebe alle!

Ich danke für die hohe Anerkennung unserer und meiner Arbeit. Wie ich aus verschiedenen Zuschriften erfahren habe, wird mein Abschied vom SVR als Zweite Emeritierung verstanden.

Eine Glückwunschkarte trug sogar die Aufschrift: „Alles Gute zum Ruhestand! Nun lass das Leben ruhig fließen und nimm Dir Zeit, es zu genießen!" Ich werde mir Mühe geben – aber getrost: So viel Ruhestand wird nicht sein, Sie werden also weiter von mir hören.

Andere haben geschrieben „Der Lotse geht von Bord", in Anspielung auf die bekannte Punch-Karikatur von 1890, die den greisen Bismarck an der Reling schwerfällig absteigend und den mit verschränkten Armen darüber lümmelnden Wilhelm II zeigt. Auch das ist durchaus abwegig, denn ich hatte mit dem Reichsgründer zwar als Historiker früher einiges, persönlich aber ebenso wenig zu tun wie Frau Langenfeld mit Wilhelm II.

Die Karikatur als solche ist freilich ganz abwegig nicht, denn so habe ich meine Aufgabe im SVR durchaus verstanden: Maximal drei Jahre hatte ich als Gründungsvorsitzender zugesagt, um das Schiff aus den Schären herauszulotsen und auf Kurs zu bringen. Das haben wir mit vereinten Kräften und massiver Stiftungshilfe geschafft. Deshalb ist es angemessen, das Ruder nun in andere Hände zu geben.

Ich habe das bei allen einschlägigen Gründungen, an denen ich beteiligt war, so gehalten: vom Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) in Osnabrück über den Rat für Migration (RfM) und die Gesellschaft für Historische Migrationsforschung (GHM) bis eben zum SVR. Und das ist auch gut so, wie man in Berlin so sagt.

Den Stiftungen und hier besonders der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung danke ich für die Förderung meiner Konzeptidee und unseres gemeinsamen Engagements.

Den Kolleginnen und Kollegen vom SVR, von denen inzwischen mehr als die Hälfte der Gründergeneration ausgeschieden ist, und den Mitarbeitern der Geschäftsstelle unter Frau Fincke danke ich für die gute und belastbare Zusammenarbeit, die das alles ermöglicht hat.

Vor der Alternative, ein guter Mensch oder ein guter Vorsitzender zu sein, habe ich mich klar für das Bemühen entschieden, ein guter Vorsitzender zu sein.

Wenn ich dabei gelegentlich etwas hart geführt haben sollte, bitte ich, mir zugute zu halten, dass dies im Dienst an der Sache geschah und dass ich die härtesten Anforderungen in diesem Zusammenhang immer an mich selber gestellt habe.

* * *

Zwei mahnende Ermutigungen möchte ich meinen Kolleginnen und Kollegen abschließend mit auf ihren weiteren Weg geben, den ich nur noch über Google Alert verfolgen kann. Beide hängen mit politischen Fragen zusammen:

Der erste Punkt gilt der erfolgreichen Umsetzung des von mir in die SVR-Grundidee eingebrachten strategischen Konzepts, das ich ‚kritische Politikbegleitung' genannt habe.

Danach vermittelt der SVR seine Botschaften an Politik und Behörden zunächst auf dem Weg über die Öffentlichkeit, d. h. über die Medien. Diese Strategie hat den Voten des Sachverständigenrats von Beginn an nachhaltige öffentliche und auch politische Wirkung verliehen.

Die kritische Politikbegleitung hat freilich auch Risiken; denn die Positionierung gegenüber der Politik in den Medien ist auf eine Balance zwischen Provokation und Ausgewogenheit angewiesen, die den Dialog mit der Politik zwar provoziert, aber auch möglich macht.

Kommunikative Ausgewogenheit kann auf Kosten von wissenschaftlicher Klarheit gehen. Deshalb war und ist mir in meinem Begriff der ‚kritischen Politikbegleitung' das durchaus produktiv gemeinte Wort ‚Kritik' immer wichtiger als das Wort ‚Begleitung'; denn der gefährliche Sog des Machtfeldes Politik kann dahin führen, dass Wissenschaftler am Ende wie Politiker argumentieren und Kompromisse aushandeln, statt sich kompromisslos forschungsbasiert zu positionieren. Ich wünsche Ihnen, dass es auch weiterhin gelingen möge, hier die nötige Balance zu halten zwischen kritischer Provokation und vermittelnder Ausgewogenheit.

* * *

Mein zweiter Punkt ist ernster und deshalb auch länger: Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus und neuer Nationalsozialismus kristallisieren sich zentral an Themenfeldern, für die der SVR zuständig ist: Aggressionsobjekte sind Migration, Integration und Minderheiten, hier besonders der Islam und die in Deutschland heute mehr als vier Millionen Menschen umfassende Gruppe der Muslime.

Die Einwanderungsgesellschaft hat auch in Deutschland einen düsteren kommunikativen Untergrund. Hier

tummeln sich viele Angstgetriebene, die in der rasanten Eigendynamik der Einwanderungsgesellschaft ihren Halt zu verlieren fürchten und nach Schuldigen suchen für ihre ökonomischen und sozialen, kulturellen und mentalen Absturzängste. Hier wabert seit langem ein minderheitenfeindlicher völkischer Sumpf, dessen argumentative Schlinggewächse immer gefährlicher und sichtbarer wurden. In der Vergröberung der Argumente von Integrations- und Islamkritik tobt in millionenfach angeklickten Internetblogs ein gefährlicher Kampf um Deutungshoheiten. Dieser bedroht oft auch diejenigen, die sich diesen Strömungen kritisch entgegenzustellen suchen.

Mir ist das auch so gegangen – stellvertretend für den SVR, weil der SVR, seinen Statuten entsprechend, mit ‚einer Stimme' spricht, mit der des Vorsitzenden nämlich, der deshalb immer eine einigermaßen exponierte Stellung in der öffentlichen Diskussion hat. Und es ist kein gutes Gefühl, sich im Zielfernrohr gewaltbereiter oder doch zu Gewalt animierender Agitatoren zu bewegen und bei öffentlichen Auftritten polizeilichen Saalschutz oder gelegentlich sogar Personenschutz aufgedrückt zu bekommen.

Wir hatten, empirisch gesichert, schon in unserem ersten Jahresgutachten „Einwanderungsgesellschaft 2010" die Einwanderungsgesellschaft als informiert, belastbar und verhalten integrationsfreudig beschrieben. Das war ein wissenschaftlich fundiertes Gegenbild gegen das vorwissenschaftliche, von der publizistischen Desintegrationsindustrie intonierte skandalisierende Gejammer auf hohem Niveau über die angeblich in Deutschland flächendeckend ‚gescheiterte Integration'. Deswegen rückten der SVR und vor allem sein Vorsitzender und Sprecher alsbald ins Feindbild von Desintegrationspublizistik, ‚Islamkritik' und dem ihr hörigen kommunikativen Untergrund ein.

Der publizistische Zangenangriff auf mich, stellvertretend für den SVR, hatte mit dem von Cem Özdemir schon karikierten, ebenso dummdreisten wie infamen und auch persönlich beleidigenden Artikel „Professor Bade gibt den Anti-Sarrazin" der Skandalpublizistin Necla Kelek in der FAZ vom 9.5.2011 begonnen. Ich habe der streitsüchtigen Verfasserin, in Vertretung des SVR und deshalb bemüht ausgewogen, an gleicher Stelle geantwortet („Ich sitze keinem Politbüro vor", FAZ, 18.5.2011). Viele haben sich gewundert, dass ich auf Keleks Pöbelei so betont milde reagiert habe, ausgewogen eben.

In Kürze aber komme ich – in einem ganzen Heft der (auch im Netz abrufbaren) IMIS-Beiträge – ausführlicher in eigener Sache und deshalb durchaus weniger ausgewogen auf das Denunziationskartell Kelek, Sarrazin & Co. und auf die im kommunikativen Untergrund operierenden Internet-Pranger zu sprechen. Dabei geht es in einem Kapitel auch um die Frage nach dem Zusammenhang von „Wortgewalt und Tatgewalt", den Heiner Geißler schon angesprochen hat, der einen Entwurf meines Manuskripts kennt.

Die Kelek-Attacke wurde in der Agitation der rechtspopulistischen Presse gegen den SVR-Vorsitzenden als „Multikulti-Einflüsterer" und „einflussreichsten Propagandisten einer Einwanderungspolitik" (Junge Freiheit, 30.5.2011) fortgesetzt und noch grobschlächtiger in den Informationen und Kommentarschleifen der Internet-Blogs verlängert. Die Folge waren viele Hass- und Schmähmails, aber auch direkte Bedrohungen aus dem kommunikativen Untergrund, die das Landeskriminalamt alarmierten.

Ein Tor, der glaubt, dass das nur Zufall war: Diese Netzwerke und die darin blitzartig umverteilten geistigen Marschbefehle aber durchschaut nur, wer die Informationsstrukturen im Internet und vor allem im kommunikativen Untergrund kennt. Dazu gehört auch der in Deutschland mächtigste und einflussreichste denunziative Internet-Pranger „Politically Incorrect" (PI). Er greift über die deutschen Grenzen hinaus und ist schon lange auch eine ‚Bewegung' geworden, die mit ihren ‚Ortsverbänden' das Land überzieht. Sie wirkt oft in stiller Kooperation mit den Netzwerken und Informationsdiensten von anderen islamophagen und rechtsradikalen Parteien und Verbänden wie ‚Pro Deutschland' und ‚Pax Europa' zusammen. Ihre User sabotieren mitunter systematisch und vorverabredet öffentliche Veranstaltungen von angeblichen wissenschaftlichen ‚Schönrednern', ‚Menschenfreunden' und besonders ‚Muselfreunden' (Moslemfreunden) zu den Themen Migration, Integration und Islam.

Wenn man bei dieser Agitation – nicht etwa allein gegen den Islam, sondern auch gegen die in den Kommentarschleifen der Blog-Pranger oft verächtlich ‚Musels' genannten Muslime – den Begriff ‚Musels' durch ‚Ostjuden' ersetzen würde, könnte man sich als Historiker sehr wohl an die Agitation gegen diese zugewanderte Minderheit und überhaupt an den sich immer mehr radikalisierenden Antisemitismus in der Spätphase der Weimarer Republik erinnert fühlen. Was folgte, ist bekannt.

Aber die Geschichte verläuft nicht linear und sie wiederholt sich auch nicht in gleicher Form. Ihre Kenntnis macht deshalb auch nicht „schlau für ein andermal", wie Jacob Burckhardt meinte, sondern, bestenfalls, „weise für immer". Dem entgegen steht das Wort von George Santayana: „Wer sich der Vergangenheit nicht erinnern will, ist dazu verurteilt, sie noch einmal zu erleben." Die Wahrheit liegt in der Mitte: Die Geschichte wiederholt sich nicht in gleicher, aber vielleicht in anderer Form.

Deutschland könnte z. B. in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von Demagogen geführter Strömungen und Parteien, die hierzulande bislang noch im vorhandenen Parteienspektrum aufgefangen werden konnten. Vielleicht brauchen diese Strömungen auch in Deutschland nur noch ein größeres Sammelbecken und einen cha-

rismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten.

Das wäre aber nur scheinbar eine Art ‚Normalisierung' des deutschen Wegs in Europa; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner europäischer Einwanderungsländer unterscheidet. Also wehren wir den Anfängen. Sage keiner hinterher, man habe, wieder einmal, die schleichende Gefahr nicht erkennen können.

Der Massenmord in Norwegen vom Juli 2011 und die im November 2011 aufgedeckten Serienmorde des Nationalsozialistischen Untergrunds in Deutschland haben vielleicht nur eine Atempause bewirkt. Politik hat, soweit ich sehe, bislang wenig daraus gelernt – vor allem nicht, dass es indirekte Ursache-Folge-Zusammenhänge zwischen Wortgewalt und Tatgewalt geben kann.

Politik und Behörden müssen den Kampf an dieser schmutzigen Front verstärken. Öffentliche Trauerarbeit, fleißige Kommissionssitzungen, ein paar Rücktritte, Razzien mit ein paar lokalen Vereinsverboten und possierliche Reformen an dem föderalen Monster Verfassungsschutz sind dazu nicht genug. Und die aktuellen ‚Vermisstenanzeigen' des in Sachen Integrationspolitik als Gesellschaftspolitik von einem Fetteimer in den anderen tretenden Bundesinnenministeriums sind exakt das Gegenteil der vertrauensbildenden Maßnahmen, die wir gerade jetzt so dringend brauchen.

Außerdem sollten wir nicht immer erst dann, wenn es ohnehin zu spät ist, zur Tataufklärung nämlich, nach physischen Fingerabdrücken suchen. Wir sollten vielmehr rechtzeitig, zur Tatprävention nämlich, nach geistigen Fingerabdrücken suchen. Das gilt auch für minderheitenfeindliche und damit klar verfassungsfeindliche Internet-Blogs, die mit fadenscheinigen Begründungen lange vom Verfassungsschutz unbeobachtet blieben oder es noch immer sind – im Gegensatz zu meist harmlosen islamischen Moscheevereinen.

Hätte diese Prävention funktioniert, dann hätte der für mindestens 10 Morde und noch mehr Raubüberfälle verantwortliche Nationalsozialistische Untergrund wohl weniger mörderische Chancen gehabt.

Mehr noch: In den beiden Jahrzehnten seit der Wiedervereinigung, von 1990 bis 2010, hätte es (im Gegensatz zur rechtsbegrifflich geschönten Kriminalstatistik in Deutschland, die ‚nur' 69 Todesopfer rechter Gewalt zählt) wohl kaum die mindestens 149 Todesopfer rechtsradikaler Gewalt, die um ein Vielfaches größere Zahl von bei solchen Verbrechen schwer Verletzten und die noch viel größere Zahl von traumatisierten und oft für ihr Leben psychisch zerbrochenen Opfern gegeben, die meist nach wie vor mit ihrem Leid und ihrer Angst allein sind, ganz

abgesehen von den immer wieder fahrlässig beschönigten östlichen No-go-Areas für erkennbar aus anderen Kulturen stammende Zuwanderer.

Das alles muss nicht ein zentrales Aufgabenfeld des Sachverständigenrats werden. Aber niemand kann sagen, das alles habe nichts mit den Titelbegriffen des Sachverständigenrats „Integration und Migration" zu tun.

Wie hieß doch gleich das Startmotto der früheren Zwickauer Kampfhundefreundin und späteren nationalsozialistischen Mörderbraut Zschäpe: „Zuerst müssen mal die Ausländer weg!". Wohin das führte, weiß heute jeder.

Ich ermuntere deshalb meine Kolleginnen und Kollegen im SVR dazu, Politik und Behörden auch in diesem Grenzfeld des Themas Integration und Migration zu mehr Engagement zu drängen und nicht zu warten, bis es, vielleicht wieder einmal, zu spät geworden ist.

Das wäre dann der Fall, wenn minderheitenfeindliche und damit verfassungsfeindliche Internet-Blogs so mächtig geworden sind, dass sie mit ihrer bekannten Warnung davor, durch amtliche Beobachtung ‚die rote Linie' zu überschreiten, staatliche Organe zu scheuem Zurückweichen veranlassen können. Das wäre in einer Mediendemokratie Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Die Freiheit der Medien ist in der Mediendemokratie ein hohes Gut. Umso mehr muss sie gegen Missbrauch geschützt werden.

Ich jedenfalls werde meinen Kampf auch an dieser schmutzigen und gefährlichen Front weiter fortsetzen, und zwar durchaus weniger ‚ausgewogen', wie Sie vielleicht an einigen Interviews schon gemerkt haben und demnächst aus einer größeren Veröffentlichung noch deutlicher erkennen werden.

Damit bin ich am Ende mit meinem kleinen ‚politischen Testament' als Gründungsvorsitzender des Sachverständigenrats.

Ich hoffe, dass sich unsere nun auseinandertretenden Engagements in den Feldern Integration und Migration weiterhin ergänzen mögen im gemeinsamen Interesse an Minderheitenschutz, kultureller Toleranz und sozialem Frieden in der Einwanderungsgesellschaft in unserem Land.

Ich halte Ihnen für Ihren weiteren Weg beide Daumen und sage zum Abschied leise servus.
Vielen Dank.

Prof. Dr. Christine Langenfeld

Vorsitzende des SVR

Ausblick

Sehr geehrte Abgeordnete des Bundestags, sehr geehrte Frau Staatsministerin Böhmer, sehr geehrte Stiftungsvertreter, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, vor allen Dingen sehr geehrter, lieber Herr Bade, sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine große Freude und Ehre, heute anlässlich dieses Kolloquiums, mit dem wir Herrn Kollegen Bade ehren und danken möchten, zu Ihnen zu sprechen in meiner Eigenschaft als neue Vorsitzende des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration. Die Konzeptidee des SVR hat mich von Anfang an ganz außerordentlich überzeugt und dessen Erfolg gibt dieser Idee heute in eindrucksvoller Weise recht. Dieser Erfolg innerhalb so kurzer Zeit ist maßgeblich dem überragenden Engagement und der außerordentlichen Reputation von Klaus J. Bade zu verdanken. Als neue Vorsitzende des SVR kann ich zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen im Rat daran anknüpfen. Ich bin mir sicher, dass es uns gelingen wird, die Stellung und Bedeutung des SVR sowohl in der Wissenschaft als auch im politischen Diskurs weiter auszubauen und zu festigen.

Über Politikberatung durch Wissenschaft ist in der letzten Zeit viel Kritisches gesagt und geschrieben worden. Es ist sogar gefordert worden, dass die Wissenschaft eher schweigen solle. Doch schweigen kann und darf Wissenschaft nicht. Es kann ihr nicht darum gehen, sich aus den Fragen des politischen Alltags einer Gesellschaft herauszuhalten, aber sie sollte sich entsprechend ihrer Eigenart hierbei an gewisse Grundregeln halten. In diesem Sinne hat der SVR die Wahrung der wissenschaftli-

chen Qualität in seiner Arbeit und die Rückbindung an die Scientific Community stets für unabdingbar gehalten. Die wissenschaftliche Unabhängigkeit des SVR ist ein hohes Gut. Die Glaubwürdigkeit der in ihm tätigen Wissenschaftler sind Markenzeichen des Rates und essenziell für seine wissenschaftliche Autorität und damit seinen Erfolg. Wissenschaftliche Politikberatung muss sich freilich stets ihrer Grenzen bewusst sein. Wissenschaft ist nicht Politik. Gleichwohl, nein, vielmehr gerade deswegen kann die Wissenschaft viel zur Findung und zur Qualität politischer Entscheidungen beitragen. Insofern erfüllt sie eine öffentliche Aufgabe innerhalb von Politik und Gesellschaft. Wissenschaft verrät ihre Eigenart nicht dadurch, dass sie ihre Inhalte in einer auch für die nichtwissenschaftliche Öffentlichkeit verständlichen Weise darbietet. Wissenschaft kann viel sagen über Adäquanz und Inadäquanz von Mitteln und Ressourcen der Erreichung politischer Ziele, zu den wahrscheinlichen Folgen, den intendierten, aber auch den nicht intendierten. Wissenschaft kann und muss den Schleier des Nichtwissens heben, unter dem sich Politik gelegentlich verstecken möchte. Wissenschaft gibt Auskunft über die Vielfalt möglicher Handlungen, aber auch über fortbestehende Unsicherheiten.

Die Deutlichkeit und Klarheit, mit der sich der SVR in der Öffentlichkeit zu Fragen von Integration und Migration äußert und damit über die Öffentlichkeit wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse in Gesellschaft und Politik trägt, steht mit dem beschriebenen Selbstanspruch von Wissenschaft nicht in Widerspruch. Der SVR ist als wissenschaftliches Gremium geschaffen worden, um die dort gebündelte wissenschaftliche Expertise in für die Politik verständliche und umsetzbare Handlungsempfehlungen zu gießen. Insofern geht es auch um die anwendungsorientierte Seite von Wissenschaft und insoweit hat der SVR auch einen politischen Anspruch, ohne sich den Gesetzmäßigkeiten des (partei-)politischen Prozesses zu unterwerfen. Wenn der SVR öffentlichen Einfluss entfaltet, dann tut er dies über die Qualität seiner wissenschaftlichen Arbeit und seiner Argumente und die Glaubwürdigkeit seiner Mitglieder. Der SVR strebt nicht nach Macht, wohl aber ist es seine Absicht, die von ihm im interdisziplinären Diskurs erarbeiteten Erkenntnisse kraft seiner wissenschaftlichen Autorität in die Öffentlichkeit zu tragen und damit auch Einfluss auf den gesellschaftlichen Diskurs und politische Willensbildungsprozesse zu nehmen. Wer dies Macht nennen möchte, bitte sehr!

Hierbei geht die Arbeit des Rates von bestimmten, seinen Mitgliedern gemeinsamen Zielsetzungen und Wertungen aus. Dies hat der Rat von Anfang an offengelegt. Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit einer gesteuerten und qualifizierten Einwanderung nach Deutschland, die neben die humanitären Verpflichtungen Deutschlands treten muss. Integration bedeutet nach der Überzeugung des Rates Partizipation, d. h. allen Menschen, die hier leben, ist eine Chance auf gleichberechtigte Teilhabe an den Entfaltungsmöglichkeiten der Gesellschaft zu eröffnen. Wir halten dies nicht nur um der Erhaltung des Wohlstands unserer Gesellschaft willen für unabdingbar, sondern auch deswegen, weil der Mensch zu Freiheit und Selbstbestimmung geboren ist. Es geht darum, den Einzelnen hierzu zu befähigen. Diese Verpflichtung hat der Staat gegenüber jedem Menschen. Die Sicherung von Integration in diesem Sinne ist aber nicht nur eine staatliche, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, eine Aufgabe für jeden von uns. Hierfür muss die Politik mit Nachdruck einstehen und werben. Wir sind davon überzeugt, dass die immer stärkere Diversifizierung der Gesellschaft Ausdruck eines modernen, sich stetig weiter entwickelnden und vor allen Dingen freien Gemeinwesens ist. Wir verschließen gleichwohl nicht die Augen vor den damit verbundenen Herausforderungen und Konflikten, aber wir glauben, dass diese lösbar sind. Dies setzt voraus, sich trotz bzw. gerade im Angesicht zunehmender gesellschaftlicher Diversität in der Einwanderungsgesellschaft auf gemeinsame Werte und Normen zu verständigen; hierauf hat Herr Bade immer wieder hingewiesen. Welches diese gemeinsame Basis ist und wo die Grenzen der Toleranz liegen, das bewegt die Menschen sehr, ob mit oder ohne Migrationshintergrund. Hier ist die offene Bürgergesellschaft mit ihrer Kraft zum Dialog, auch zum streitigen Dialog gefragt. Es geht darum sicherzustellen, dass die Menschen untereinander kommunikationsfähig und -willig bleiben, dass es ihnen trotz aller Unterschiede möglich ist, Politik im demokratischen Prozess gemeinsam zu gestalten, und dass es ihnen ein Anliegen ist, hierbei mitzuwirken, weil sie diesem Gemeinwesen verbunden sind und weil sie alle sich hier zu Hause fühlen. Insofern hängt Integration aufs Engste mit der Funktionsfähigkeit von Demokratie zusammen. Hierbei sollten wir uns stets vor Augen führen, dass der freiheitliche Staat gerade darin seine Stärke hat, dass er Freiheit schützt, statt sie einzuschränken. Das gilt gerade auch für Minderheiten: Grundrechtsschutz ist in klassischer Weise Minderheitenschutz.

Europäisierung und Internationalisierung der Politikfelder Integration und Migration werden weiter zunehmen. Das Jahresgutachten 2013 wird sich im Schwerpunkt mit dem Migrationsraum Europa beschäftigen. Wir halten dieses Thema für glücklich gewählt zum jetzigen Zeitpunkt, denn wir glauben, dass Europa eine Stärkung braucht. Wir sehen in der Öffnung Deutschlands für ein Europa, in dem sich Menschen und Güter frei bewegen, eine große Chance für die Zukunft, aus ökonomischen Gründen, aber auch aus Gründen des Zugewinns an Freiheit und Teilhabe für jeden Einzelnen. Europäisierung und Internationalisierung werden die Arbeit des SVR in Zukunft immer stärker prägen, nicht nur in Bezug auf den Migrationsraum Europa, sondern etwa auch im Hinblick auf die Flüchtlingspolitik. Hier tragen Deutschland und die EU eine besondere Verantwortung. Wie diese Verantwor-

tung in Zukunft wahrgenommen werden kann, ist eine internationale Frage. Dies alles erfordert, die Arbeit des SVR im europäischen und internationalen Kontext stärker zu verbreiten und sich mit anderen Wissenschaftsakteuren im Feld von Integration und Migration zu vernetzen.

Um Vernetzung und vernetztes Denken geht es auch dabei: zu sehen, dass die Felder Integration und Migration immer weniger isoliert betrachtet werden können, sondern dass der Querschnittscharakter von Integrationspolitik immer deutlicher hervortritt. Es besteht die Notwendigkeit, konzeptorientierte Differenzierungen zwischen Integrationspolitik einerseits und allgemeiner Sozialpolitik andererseits zu erkennen und einzufordern, aber auch zu sehen, unter welchen Bedingungen diese Differenzierungen überholt sind und weniger integrationsspezifische als vielmehr milieuspezifische Förderbedarfe im Vordergrund stehen (Klaus J. Bade 2009). So weit ist es freilich noch nicht. Die Herausforderungen für Wissenschaft und Politik in den Bereichen Migration und Integration bleiben groß und verändern sich zudem stetig. An der Bewältigung dieser Herausforderungen wird der Rat – zusammen mit der Geschäftsstelle und ihren Mitarbeitern und dank der finanziellen Treue der Stiftungen – auch in Zukunft mit aller Kraft und Leidenschaft arbeiten.

Vielen Dank!

Projektzentrum Berlin
Projektzentrum Berlin

Impressum

Herausgeber
Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) GmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de

Verantwortlich
Dr. Gunilla Fincke

Bildnachweis
Fotos: David Ausserhofer

Gestaltung
KALUZA+SCHMID GmbH
Alexanderstraße 7
10178 Berlin

Druck
Buch- und Offsetdruckerei H. Heenemann GmbH & Co. KG

© SVR GmbH, Berlin 2012

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration geht auf eine Initiative der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung zurück. Ihr gehören acht Stiftungen an. Neben der Stiftung Mercator und der VolkswagenStiftung sind dies: Bertelsmann Stiftung, Freudenberg Stiftung, Gemeinnützige Hertie-Stiftung, Körber-Stiftung, Vodafone Stiftung und ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius.
Der Sachverständigenrat ist ein unabhängiges und gemeinnütziges Beobachtungs-, Bewertungs- und Beratungsgremium, das zu integrations- und migrationspolitischen Themen Stellung bezieht und handlungsorientierte Politikberatung anbietet.
Die Ergebnisse seiner Arbeit werden in einem Jahresgutachten veröffentlicht.

Dem Sachverständigenrat gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Christine Langenfeld (Vorsitzende), Prof. Dr. Ludger Pries (Stellvertretender Vorsitzender) sowie Prof. Dr. Gianni D'Amato, Prof. Dr. Thomas K. Bauer, Prof. Dr. Wilfried Bos, Prof. Dr. Heinz Faßmann, Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Prof. Dr. Ursula Neumann und Prof. Dr. Haci Halil Uslucan.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de